

Lisa Bonn

# **Die PiS-Regierung als später Backlash der Transformation?**

## **Eine Kontextanalyse des ethnonationalen Populismus im heutigen Polen**

ISH-Arbeitspapier  
des Instituts für Soziologie der Leibniz Universität Hannover

01-2016

ISH-Working Paper  
Institute of Sociology, Leibniz Universität Hannover

Die Arbeitspapiere des Instituts für Soziologie der Leibniz Universität Hannover werden nur eingeschränkt begutachtet. Sie dienen der Verbreitung aktueller Forschungsergebnisse im Vorfeld einer späteren wissenschaftlichen Publikation und sind nicht mit einer Veröffentlichung gleichzusetzen. Die in den Arbeitspapieren geäußerten Meinungen und Ansichten sind die der Autorinnen bzw. Autoren und entsprechen nicht zwangsweise denen des Instituts oder dessen Vertreterinnen und Vertretern.

© Die Urheberrechte liegen bei den Autorinnen bzw. Autoren.

Working papers of the Institute of Sociology at the Leibniz Universität Hannover undergo a limited review process. The papers' purpose is the dissemination of current research results prior to a publication. They, therefore, do not substitute scientific publications. Views or opinions expressed in working papers are attributable to the authors and do not necessarily reflect those of the institute or its representatives.

© Copyright is held by the authors.

Leibniz Universität Hannover  
Institut für Soziologie  
Schneiderberg 50  
30167 Hannover

<http://www.ish.uni-hannover.de>

## Zusammenfassung/Abstract

Nachdem die liberalkonservative PO als erste Partei seit der demokratischen Wende von 1989 zwei Legislaturperioden hintereinander den Ministerpräsidenten gestellt hatte, setzte sich bei den jüngsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen die nationalkonservative PiS mit einer deutlichen Mehrheit gegen die PO durch. Die PiS kann als Protestpartei bezeichnet werden. Sie tritt für einen starken Staat ein und wendet sich mit einem populistischen, ethnonationalen Diskurs gegen die liberalen Eliten und die bisherigen Machtverhältnisse. Ausgehend von zeitdiagnostischen Annahmen über die Virulenz nationalistischer Bewegungen im globalen Zeitalter steht der ethnonationale Populismus der PiS im Zentrum der Ausführungen. Thematisiert werden vor allem seine Entstehungshintergründe, zu denen die Härten der Transformation und die allgemeine Schwäche der Parteien gehören. Die argumentativen Verhärtungen, die dem Weltbild der populistischen Rechten eine ethnozentrische Qualität verleihen werden als diskursive Übertragungen aus der Zeit der Systemopposition auf den veränderten Kontext nach 1989 verstanden. Die Analyse der Kontextbedingungen konkretisiert Annahmen über die Entstehung nationaler Populismen und trägt zu einem Verständnis der spezifischen Konstellation in den postsozialistischen Gesellschaften bei.

## AutorIn/Author

*Lisa Bonn* ist Dipl. Sozialwissenschaftlerin und Doktorandin am Institut für Soziologie der Leibniz Universität Hannover.

E-Mail: [email@lisabonn.net](mailto:email@lisabonn.net)

## Anmerkungen/Acknowledgements

Das vorliegende Working Paper ist im Zuge der Arbeiten an meinem Dissertationsprojekt entstanden (Arbeitstitel: Nationale Kategorien in der polnischen Politik und Öffentlichkeit). Ich danke Detlev Claussen, Klaus Baethge, Lars Döpking und Helene Gerhards, die verschiedene Versionen des Textes gelesen und kritisch kommentiert haben. Besonders bedanken möchte ich mich zudem bei Nina Clara Tiesler für die Geduld und die konstruktiven Einwände, mit denen sie den Überarbeitungsprozess begleitet hat.



# Inhalt/Content

1	Einleitung .....	1
2	Begriffsklärungen.....	2
3	Ambivalente Entwicklungen.....	5
4	Polarisierte Politik und Öffentlichkeit .....	7
5	Soziale Konfliktlinien und ihre nationalkatholische Einbettung .....	10
6	Ethnonationale Deutungsmuster in der Opposition.....	13
7	Politischer Aufstieg des Postsolidarność-Populismus.....	15
8	Populismus als Teil der postsozialistischen Gemengelage .....	18
9	Vorauselende Entwicklung? .....	20
10	Theoretische Schlussfolgerungen .....	23
11	Quellen.....	27
11.1	Literatur .....	27
11.2	Statistische Quellen .....	31
11.3	Zeitungsartikel und Zeitungsinterviews .....	32

# 1 Einleitung

Die Themen Nation und Nationalismus sind von der Soziologie lange vernachlässigt worden (vgl. Richter 1996). Erst seit den 1980er Jahren, seitdem Problemkonstellationen aus dem nationalen Themenfeld auch in den westlichen, als konsolidiert angesehenen Nationalstaaten auf die politische Tagesordnung zurückgekehrt sind und eine ganze Reihe nationalismustheoretischer Arbeiten fächerübergreifende Bekanntheit erlangt haben, entstehen zunehmend auch soziologische Untersuchungen zu der Thematik. Meist tragen diese neueren Arbeiten zeitdiagnostischen Charakter und stehen in einem engen Zusammenhang mit der Globalisierungsforschung, da die Theoreme zur Verschiebung nationalstaatlicher Kompetenzen und der Entstehung grenzüberschreitender sozialer Räume direkt die Geltung von Nationen und den Gehalt der auf sie bezogenen Selbstverortungen betreffen. In Bezug auf die Bedeutung von Nation und Nationalismus in den westlichen Gesellschaften dominieren in der globalisierungstheoretischen Literatur zwei Annahmen: Zum einen wird unter dem Schlagwort der Denationalisierung davon ausgegangen, dass die souveräne Handlungskompetenz der Nationalstaaten abnimmt, dass grenzüberschreitende Einflüsse und Kontakte an Gewicht gewinnen und die Bindekraft der Nation gegenüber hybriden Identifikationsmustern an Stärke verliert. Zum anderen wird angenommen, dass es im Zuge dieser Rekonfiguration auch zur Ausbildung reaktiver Nationalismen kommt, sei es in Form gemeinschaftsorientierter Bewegungen angesichts von gestiegenen sozialen Unsicherheiten, sei es als Betonung nationaler Eigenheiten angesichts der zunehmenden Verwischung von Unterschieden in den Lebens- und Konsumgewohnheiten der Menschen. Einige einschlägige Untersuchungen haben inzwischen gezeigt, dass hinsichtlich des Stellenwerts von Nationalstaat und Nation im globalen Zeitalter eher von einer veränderten Konstellation als von einer Bedeutungsabnahme ausgegangen werden muss (vgl. Sassen 2008; Calhoun 2007; Sutherland 2012). Die These von einem Zusammenhang zwischen globalisiertem Kapitalismus und reaktiven Nationalismen konnte demgegenüber bisher nicht plausibel widerlegt werden und kann sich zudem auf die allgemeine Beobachtung stützen, dass separatistische Bewegungen, ethnisch grundierte Konflikte und ethno-national ausgerichtete Populismen in den letzten Jahrzehnten weltweit an Bedeutung gewonnen haben. Die Forschungslage zum gegenwärtigen polnischen Nationalismus ist relativ dünn, was insofern typisch ist, als die Kontextbedingungen aktueller Nationalismen und Populismen bisher nur in einigen wenigen Fällen umfassend untersucht worden sind. So beschränkt sich das Gros der Nationalismusforschung eher auf eine deskriptive Erfassung nationalistischer Bewegungen und deren ideelle Ausprägungen. Demgegenüber bilden die Parteiendemokratien mit ihren Stärken und Schwächen einen inhaltlichen Schwerpunkt der Populismusforschung (vgl. Priester 2012; Fröhlich-Steffen und Rensmann 2005) und mit der so genannten Modernisierungsverliererhypothese existiert zudem ein Theorem, das den Erfolg populistischer und rechtsradikaler Parteien mit sozialstrukturellen Umschichtungsprozessen in Verbindung bringt (vgl. Decker 2004; Spier 2010). Diese zeitdiagnostischen, analytischen Qualitäten der Populismusforschung beschränken sich aber weitgehend auf strukturelle Faktoren und beziehen gesellschaftliche Erfahrungen und

deren diskursive Verarbeitung kaum mit ein. Um zu verstehen, ob, und wenn ja, in welcher Form der ethnonationale Populismus im heutigen Polen als eine Reaktion auf die sozialen und politischen Entwicklungen im globalisierten Kapitalismus verstanden werden kann zielen die folgenden Ausführungen auf die Dynamiken, in die er in der Zeit seit dem Ende des Sozialismus eingebunden ist. Wichtiger als eine detailgetreue Darstellung der populistischen Rechten und ihres facettenreichen Diskurses sind hier also die sozialen, politischen und ideologischen Zusammenhänge. Im Unterschied zu den meisten Arbeiten wird die Analyse im Folgenden also um die Kontextbedingungen erweitert, denen die Parteipolitik im heutigen Polen unterliegt.

Dabei stellt sich vorab die unter Beobachtern stark umstrittene Frage, ob der Populismus der politischen Rechten ein neues, nach 1989 entstandenes Phänomen darstellt, oder ob er wegen seiner Erzählung von der bedrohten Nation als eine Fortführung weit zurückreichender politischer Traditionen verstanden werden kann. Im Laufe der Ausführungen sollte deutlich werden, dass die beiden Sichtweisen keine unvereinbaren Gegensätze darstellen. So kann das ethnonational-populistische Narrativ als Reformulierung, Neuinterpretation oder Neuerfindung traditioneller Sichtweisen und gleichzeitig als Reaktion auf die tiefgreifenden Veränderungen aufgefasst werden, die nach 1989 nicht nur die politischen Machtverhältnisse und die sozialen Strukturen, sondern auch viele alltagskulturelle Selbstverständlichkeiten massiv verändert haben. Die Darstellung beginnt mit der Erläuterung zentraler Begrifflichkeiten, die zur Charakterisierung der politischen Rechten im heutigen Polen verwendet werden. Danach folgt ein Überblick über die Entwicklung seit 1989 und die Polarisierung in Politik und Öffentlichkeit, gefolgt von einem Exkurs in die Zeit vor 1989 und einer Darstellung des parteipolitischen Aufstiegs der PiS. Die letzten Abschnitte sind der Aufgabe gewidmet, den vorliegenden Fall zu den gängigen theoretischen Annahmen in Beziehung zu setzen.

## 2 Begriffsklärungen

Es ist problematisch, die national orientierten Bewegungen die seit dem Zusammenbruch des Kommunismus entstanden sind als Nationalismus tout court zu bezeichnen. Gegen den Nationalismusbegriff spricht, dass sein übermäßiger, häufig unscharfer und wertender Gebrauch ihn als analytisches Instrument hat fraglich werden lassen (vgl. Hroch 2005). Vor allem aber besteht zwischen den Nationalismen des 19. beziehungsweise 20. Jahrhunderts und den separatistischen, identitätspolitischen und populistischen Bewegungen der heutigen Zeit eine Differenz, die sich auch begrifflich niederschlagen sollte.<sup>1</sup> Bei den als

---

<sup>1</sup> Bei den Bestrebungen, souveräne Nationalstaaten zu bilden, lassen sich bereits seit dem späten 19. Jahrhundert zwei gegenläufige Tendenzen feststellen: Erstens das Bemühen um eine möglichst große Ausdehnung des eigenen Territoriums, so dass sich im Ergebnis meist Angehörige mehrerer Nationalitäten und verschiedene ethnisch-linguistische Gruppierungen in einem übergreifenden Nationalstaat wiederfanden und zweitens die meist ethnisch oder national begründeten Abspaltungsbestrebungen kleiner Subeinheiten aus bestehenden Nationalstaaten heraus. Im diachronen Vergleich lässt sich allerdings sagen, dass die nationalistischen Bewegungen des 19. und die antikolonialen Befreiungsnationalismen des 20. Jahrhunderts generell dem ersten Muster folgten. Der ethnonationale Sezessionismus bildete

nationalistisch bezeichneten Bewegungen in der westlichen Welt der Gegenwart handelt es sich meist entweder um ethnisch grundierte Abspaltungsbewegungen („separatistische Nationalismen“) oder um populistische Parteien, die an xenophobe und antisemitische Reaktionsmuster oder ethnozentrische Weltbilder anknüpfen. Für die folgenden Ausführungen ist die Bezeichnung *ethnonationaler Populismus* zentral. Um die unterschiedlichen Strömungen und Tendenzen innerhalb der politischen Rechten zu charakterisieren werden aber auch die Ausdrücke *nationalkonservativ*, *nationalkatholisch*, *nationalklerikal* und *ethnozentrisch* verwendet.

Die Partei *Recht und Gerechtigkeit* [Prawo i Sprawiedliwość – PiS] die im Zusammenspiel mit einer ganzen Reihe rechter Medien und Strömungen die populistische Rechte im heutigen Polen bildet, bezichtigt die postsozialistischen und liberalen Eliten einer nationsfeindlichen Haltung und Politik.<sup>2</sup> Mit ihrer Rhetorik bedienen rechte Meinungsträger die diffuse Vorstellung, dass die polnische Nation bis in die Gegenwart hinein unterdrückt werde und spinnen aus diesem Stoff je nach konkretem Kontext sehr flexible Erzählungen. In dem narrativen Gefüge, das hierbei entsteht mischen sich Elemente, die sich als ethnisch bezeichnen lassen mit solchen, die mit dem allgemeinen nationalen Bewusstsein und der nationalen Geschichtsschreibung korrespondieren. Allerdings ist es kein Alleinstellungsmerkmal der populistischen Rechten, ethnische, also im engeren Sinne auf Kulturbesonderheiten und die Vorstellung einer gemeinsamen Abstammung bezogene Vorstellungen mit nationalen, stärker auf Traditionen und historische Erfahrungen fokussierende Auffassungen von der Nation und ihren Eigenheiten zusammenzubringen. Wie in den meisten Gesellschaften herrscht auch in Polen ein Nationsverständnis vor, in dem sich ethnische mit staatsbürgerlichen Motiven mischen. In weiten Teilen der Forschung wird eine schematische Unterscheidung zwischen staatsbürgerlich und ethnisch begründeten Nationen inzwischen abgelehnt.<sup>3</sup> Während eine pauschale Zuordnung also unangemessen ist, macht es Sinn, zwischen eher staatsbürgerlichen beziehungsweise offenen und eher ethnischen beziehungsweise geschlossenen Nationsauffassungen zu unterscheiden. So ist davon auszugehen, dass Nationsauffassungen nicht nur von Gesellschaft zu Gesellschaft in unterschiedlich ausgeprägten Mischungsverhältnissen auftreten sondern auch innerhalb einer Gesellschaft in verschiedenen Legierungen existieren und dabei häufig in Widerstreit miteinander geraten. In Abgrenzung zu den offeneren Formen nationaler Subjektivität können die stärker ethnisch aufgeladenen Nationsvorstellungen als ethnonational und

---

demgegenüber lange eher die Ausnahme dieser allgemeinen Regel und hat sich erst in den letzten Jahrzehnten zur dominanten Form nationalistischer Bewegungen entwickelt (vgl. Hobsbawm 1992).

<sup>2</sup> Das Adjektiv *liberal* wird hier und im Folgenden nicht im Sinne einer durchgeformten Weltanschauung etwa gemäß des klassischen Liberalismus oder eines voll ausgebildeten Wirtschaftsliberalismus verwendet sondern als profane Sammelbezeichnung für alle Strömungen im postsozialistischen Polen, die die liberalisierenden Veränderungen nach 1989 in einem positiven Licht sehen und die Errungenschaften der heutigen Ordnung (Marktwirtschaft, individuelle Freiheiten, Gewaltenteilung, demokratische Pluralität etc.) als hoch einschätzen und zu erhalten trachten.

<sup>3</sup> In ihrer klassischen Formulierung geht die Unterscheidung auf Hans Kohn zurück, der in Reflexion auf das völkische Nationsverständnis der Nationalsozialisten zwischen den westlichen, staatsbürgerlich ausgerichteten Nationalismen und dem deutschen, völkischen Nationalismus differenzierte (vgl. Kohn 1962). In den Jahrzehnten nach 1945 wurde die Unterscheidung in der Nationalismusforschung als abstraktes typologisches Schema verwendet und pauschal auf ganz Osteuropa übertragen. Inzwischen wird mehrheitlich vertreten, dass im kollektiven Selbstverständnis aller Nationen wie im Staatsbürgerschaftsrecht aller Nationalstaaten Momente aus beiden Prinzipien enthalten sind und in je unterschiedlichen Mischungsverhältnissen auftreten (vgl. Özkirmil 2005, Calhoun 2004, Claussen 2000, Bös 1993).



entsprechend grundierte separatistische Bewegungen als Ethnonationalismen bezeichnet werden (vgl. Hobsbawm 1992). Aufgrund dieser Überlegungen lässt sich nicht zuletzt die in nationalen Kategorien formulierte Vorstellungswelt der populistischen Rechten treffend als *ethnonational* charakterisieren, da die darin zutage tretende Nationsauffassung auch im innergesellschaftlichen Vergleich einen starken Ethnisierungsgrad aufweist. Im diesem Fall beinhaltet vor allem die apodiktische Identifizierung der polnischen Nation mit dem Katholizismus eine Ethnisierung. Aber auch das beinahe kultische Beharren auf Traditionen und Werte, die im gegenwärtigen Kontext fast ausschließlich als Schlagwörter fortexistieren spricht dafür, den populistischen Diskurs als ethnonational zu bezeichnen. Zum *Populismus* gehört nach herrschendem Forschungsstand die Betonung eines scharfen Gegensatzes zwischen Volk und Nation auf der einen Seite und den Eliten auf der anderen Seite. Dass politische Akteure versuchen, sich mit dem Volk gegen bestehende Machtstrukturen gemein zu machen ist in repräsentativen Demokratien gang und gäbe. Auch greifen Politiker jeder Couleur auf verbreitete Ansichten über die Nation und ihre Interessen zurück, um sich zu legitimieren und Zustimmung für die eigene Politik zu generieren. Im Gegensatz zu solchen schwachen Formen populistischer Politik zeichnet sich ein voll ausgebildeter Populismus durch die strikte Gegenüberstellung von Nation und Eliten und eine Dämonisierung letzterer aus, obwohl die Repräsentanten populistischer Parteien in der Regel natürlich selbst eine Art Elite bilden.

Häufig wird die PiS-Partei als nationalkonservativ, nationalkatholisch oder nationalklerikal bezeichnet und da es sich um eine vielströmige Partei handelt haben alle diese Bezeichnungen etwas für sich. Allerdings handelt es sich bei der PiS nicht um eine konservative Partei im traditionellen Sinne der Parteiengeschichte. Denn wenngleich sie bei gesellschaftspolitischen Fragen häufig Positionen vertritt, die auf einer Linie mit einem konservativ ausgelegten Katholizismus liegen, lassen sich ihre Elitenfeindlichkeit und ihre suggestiven Bezugnahmen auf die Nation als ein Volk von „echten“ Polen, Katholiken und Patrioten mit konservativen Werthaltungen im strikten Wortsinne kaum in Einklang bringen. Zur inhaltlichen Charakterisierung von Haltungen, die an das Stereotyp des „Polak-Katolik“ anknüpfen eignen sich die Bezeichnungen nationalkatholisch und nationalklerikal, wobei letztere für radikalere Strömungen verwendet wird. Während die Identifizierung der polnischen Nation mit dem Katholizismus auf die Zeit der Teilungen im 19. Jahrhundert zurückgeht und verschiedene Ausdeutungen kennt (vgl. Łepkowski 2003: 262–266; Walicki 1988; Walicki 2010), wird mit „Polak-Katolik“ heute im Allgemeinen eine Auffassung bezeichnet, der zufolge nur der ein guter Pole sein kann, der auch ein guter Katholik ist. Aus einer kulturellen Prägung, die durch die Stärke der katholischen Kirche und Religion in der polnischen Geschichte erklärbar ist, wird im nationalkatholischen Weltbild auf diese Weise ein moralisch-politischer Grundsatz mit Ausschlusscharakter (vgl. Porter-Szücs 201: 11 ff.; Zubrzycki 2006: 77–97). Insofern der katholische Charakter der polnischen Nation als Abgrenzung gegen nationale und religiöse Minderheiten fungiert, wird das kollektive Selbst ethnisiert, aber die Identifizierung von Nation und Katholizismus beinhaltet auch eine Essentialisierung die gegen ethnische Polen divergierender politischer oder religiöser

Ausrichtung eingesetzt werden kann. In Teilen der Gesellschaft werden solche internationalen Grenzziehungen mit verschwörungstheoretischen Annahmen oder antisemitischen Behauptungen verbunden.<sup>4</sup> Entsprechend verhärtete Weltanschauungen können in Anlehnung an sozialpsychologische Arbeiten als *ethnozentrisch* bezeichnet werden. Dabei spricht vor allem die Emotionalität, mit der die gegenwärtigen Eliten und Machtverhältnisse von einem Teil der PiS-Anhänger abgelehnt und rigide an der Existenz böswilliger, nationsfeindlicher Kräfte festgehalten wird dafür, sie mit charakterlichen Dispositionen in Zusammenhang zu bringen.

Insofern der Katholizismus eine traditionelle Verbindung zur polnischen Subjektivität aufweist, nationale Unterdrückung aus historischen Gründen ein vertrautes Bild der kollektiven Selbstwahrnehmung darstellt und die Annahme einer Feindschaft zwischen Juden und Polen in der Gesellschaft unterströmig präsent ist, liegt es in gewisser Weise nahe, die schematische Aufteilung der Gesellschaft in Mächtige und Ohnmächtige in patriotischen, nationalkatholischen und gegebenenfalls auch in antisemitischen Kategorien zu artikulieren. Nimmt man diese Ausgangslage aus forschungspragmatischen Gründen als gegebenes Faktum hin stellt sich vor allem die Frage, welche Bedingungen es einer Partei in einem demokratischen Kontext ermöglichen, unter Anknüpfung an entsprechende Narrative Mehrheiten für sich zu gewinnen.

### 3 Ambivalente Entwicklungen

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung, die Polen in den 25 Jahren seit dem Umbruch von 1989 verändert hat, kann als Erfolgsgeschichte verstanden werden. Gleichzeitig weist sie Schattenseiten auf, ohne die die heutige Stärke der populistischen Rechten unverstündlich bleibt. So ist es den ostmitteleuropäischen Ländern einerseits gelungen, trotz der sozial schwierigen und politisch instabilen Situation direkt nach dem Zusammenbruch des Kommunismus Mehrparteiensysteme einzuführen, stabile rechtsstaatliche Institutionen zu schaffen und die Korruption einzudämmen. Vor dem Hintergrund der polnischen Geschichte mit ihren langen Phasen der Staatenlosigkeit, der Okkupation durch Nationalsozialisten und Rote Armee und dem Mangel an souveräner Entscheidungsmacht während des Kommunismus sind staatliche Unabhängigkeit, individuelle Freiheiten und eine wachsende Wirtschaft für viele Grund genug, die jetzige Ordnung gut zu heißen. Andererseits haben die Einführung der Marktwirtschaft und die Integration der polnischen Wirtschaft in den globalisierten Kapitalismus soziale Verwerfungen und Ordnungsstrukturen mit sich gebracht, die das Lebensgefühl von Millionen Menschen negativ beeinflussen und für Konfliktstoff sorgen. Unabhängig davon, ob man in der Schließung, Schrumpfung

---

<sup>4</sup> Eine der kursierenden Verschwörungstheorien besagt, dass sowohl der Kommunismus als auch die Transformation von jüdischen Verschwörern kontrolliert worden sei und in manchen Kreisen fungieren Hinweise auf einen jüdischen Familienhintergrund als Code für eine vermeintliche Polenfeindschaft. In der einschlägigen Presse werden antisemitische Verlautbarungen kaum je direkt ausgesprochen. Untersuchungen konnten dennoch zeigen, dass entsprechende Vorstellungen in Teilen der Bevölkerung verbreitet sind und von Medien wie Radio Maryja auch bedient werden (vgl. Krzemiński 2009).

und Privatisierung der mehr oder weniger insolventen Staatsbetriebe Anfang der 1990er Jahre in Polen eine unumgängliche Strukturanpassung oder einen wirtschaftspolitischen Kurs sieht, der sich hätte vermeiden lassen – im Ergebnis zeitigten sie hohe Arbeitslosenraten und eine massive Veränderung der regionalen und branchenbezogenen Sozialstruktur (vgl. Orenstein 2009: 482ff.). Wie in den meisten postsozialistischen Ländern verhindern auch die neueren Wohlstandsgewinne nicht, dass Teile der Bevölkerung dauerhaft von der Wohlfahrtssteigerung im Land abgeschnitten sind (vgl. Modzelewski 2013: 405ff.). Die angespannte Lage auf den Arbeitsmärkten und die vergleichsweise niedrigen Löhne (exemplarisch: Eurostat 2012) führen zudem weiterhin zur Abwanderung von Arbeitskräften aus allen Bildungsschichten (exemplarisch: GUS-NSP 2011). Auch eine Bewertung des demokratischen Prozesses fällt zwiespältig aus. Denn während das Parteiensystem heute weniger labil ist als in den 1990er Jahren, ist die Volatilität des Wählerverhaltens weiterhin hoch. Den politischen Parteien wird nur wenig Vertrauen entgegen gebracht und sie verfügen weder über große Mitgliederzahlen noch über breite Stammwählerschaften. Für die Qualität der polnischen Demokratie spricht, dass in Politik und Öffentlichkeit ausführlich und kontrovers diskutiert wird. Allerdings sind viele der politischen Auseinandersetzungen wenig konstruktiv und eher der scharfen parteipolitischen Konkurrenzsituation als programmatischen Differenzen geschuldet. Überhaupt sind die politischen Entscheidungsträger der letzten 25 Jahre über die vielen Regierungs- und Koalitionswechsel hinweg nicht nur außen-, sondern auch wirtschafts- und sozialpolitisch einen relativ gradlinigen Kurs gefahren, der sich im Ken als pro-europäisch und wirtschaftsliberal bezeichnen lässt.

Meinungsumfragen zeigen, dass das Vertrauen der polnischen Bürger in ihre politischen Institutionen, Parteien und Politiker gering ist (exemplarisch: Eurobarometer 2013: 50). Wie in anderen postsozialistischen Ländern genießt die Politik in Polen keinen guten Ruf und auch bei politisch Interessierten stößt man häufig auf die Auffassung, die Politiker seien inkompetent und handelten lediglich im eigenen Interesse (vgl. Domański 2005: 89; 100f.). Bei den politisch gebundenen Sichtweisen auf die polnische Politik lassen sich zwei große Richtungen unterscheiden: Aus einer entschieden liberalen Sichtweise, wie sie in Polen durch die *Gazeta Wyborcza*, der größten Tageszeitung, und den Diskurs der konservativ-liberalen Partei *Bürgerplattform* [Platforma Obywatelska – PO] in den letzten Jahren etabliert worden ist, trägt die politische Rechte und allen voran die PiS durch ihren antiliberalen und antielitären Diskurs die Schuld an dem niedrigen Niveau der polnischen Politik. Die negative Bewertung beschränkt sich aus dieser Perspektive auf den politischen Gegner und die Teile der Bevölkerung, die sich mit der liberal-demokratischen Gegenwart nicht arrangiert haben. Das Misstrauen, das von nationalkonservativer Seite gegenüber den liberalen Entscheidungsträgern geäußert wird speist sich hingegen aus einer negativen Einstellung gegenüber der Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung seit 1989. Mit einem klassisch populistischen Motiv werden die politischen Eliten insgesamt als illegitim betrachtet und die von ihnen getragene Politik als schädlich. Den Hintergrund dieses populistischen Diskurses bildet die weit verbreitete Auffassung, der steile Aufstieg einer

Klasse von Neureichen und einiger Mitglieder der alten Nomenklatura stelle einen Betrug am polnischen Volk dar (vgl. Borodziej 2010: 399).

## 4 Polarisierte Politik und Öffentlichkeit

Es sind diese hier lediglich angerissenen Differenzen zwischen der optimistischen, einer liberalen Grundhaltung zuneigenden und der pessimistischen, einer nationalkonservativen Grundhaltung zuneigenden Gegenwartsinterpretation, die mit ihren verschiedenen Ausprägungen und Schattierungen viele der öffentlichen Auseinandersetzungen ausmachen, die in den Medien und zwischen den politischen Lagern im heutigen Polen geführt werden (vgl. Leder 2014). Wenngleich sich weder die optimistische noch die pessimistische Sichtweise einfach aus der sozialen Stellung des Einzelnen ableiten lässt, bildet die Auseinanderentwicklung von Einkommen, sozialen Aufstiegschancen und Zugangsmöglichkeiten zu gesellschaftlichen Ressourcen doch den Hintergrund der Polarisierung, die nicht nur die Politik im engeren Sinne sondern auch andere Bereiche des öffentlichen Lebens durchzieht, also insbesondere die Medien und die katholische Kirche. Während der 1990er Jahre wurde die polnische Politik allerdings noch von den aus der ehemaligen *Solidarność* hervorgegangenen linksliberalen Parteien auf der einen Seite und den postkommunistischen Parteien auf der anderen Seite dominiert. Erst ungefähr zeitgleich mit dem EU-Beitritt hat sich das konflikthafte Verhältnis zwischen liberalen und nationalkatholischen Strömungen auch in der Parteipolitik in den Vordergrund geschoben.

Inzwischen hat der Gegensatz zwischen Liberalen und Konservativen die Form eines scharfen Gegensatzes angenommen, der die Wahrnehmung von Politik und Gesellschaft strukturiert; nach einem Wahlkampflogan der PiS stehen sich in dem Konflikt das „solidarische Polen“ und das „liberale Polen“ gegenüber. Die polarisierende Dynamik kommt vor allem unter dem Druck zustande, den die populistische Rechte und rechte Medien mit ihren skandalisierenden Invektiven auf den medialen und politischen Mainstream ausüben. Gleichzeitig hat auch die abschätzige Behandlung nationalkonservativer Haltungen durch liberale Meinungsträger zur Verhärtung der Fronten beigetragen. So ist es in liberalen Kreisen üblich, die nationalkatholische Weltansicht als Ausfluss eines unaufgeklärten Hinterwäldlertums abzutun, ohne dabei die sozialen und gesellschaftlichen Hintergründe zu beachten, die es dem ethnozentrischen Diskurs mit seiner Protest- und Solidaritätsrhetorik ermöglichen, über einen radikalen Rand hinaus gesellschaftliche Resonanz zu erhalten (vgl. Modzelewski 2013: 413). Da die durchschnittlichen Einkommen der PiS-Wähler deutlich über dem Landedurchschnitt liegen lässt sich die unter Beobachtern gängige These, bei der Wählerschaft der PiS handele es sich vorrangig um die so genannten Transformationsverlierer nicht halten. Im direkten Vergleich zu den PO-Wählern zeigen Umfragen hingegen, dass der durchschnittliche Wähler der PiS ökonomisch etwas weniger gut

dasteht, eher in ländlichen Gebieten wohnt und etwas weniger gebildet ist.<sup>5</sup> Die sozialstrukturellen Differenzen zwischen PO und PiS korrespondieren damit, dass die liberale PO während der letzten Jahren meist in den größeren Städten Mehrheiten für sich gewinnen konnte, während die Wähler im weit weniger stark entwickelten Osten und Süden des Landes im Durchschnitt eher zur PiS tendierten (vgl. Pankowski 2010: 166). Ein weiterer Indikator für die Wahlpräferenzen wird im heutigen Polen durch den Grad des Bekenntnisses zum katholischen Glauben gebildet, der die stärkste Korrelation mit dem Wahlverhalten aufweist (vgl. Jasiewicz 2009: 493f.). Hinsichtlich dieser Korrelation gilt es allerdings zu bedenken, dass in vielen der eher abgelegenen Gebiete, in denen traditionalistische Vorstellungen und ausschlossorientierte Gruppenbildungen weit stärker verbreitet sind als in den großen Städten die Kirche bis heute eine tonangebende Institution darstellt (vgl. Białocki et al. 2011: 41f.).

Sowohl die PO als auch die PiS gehen in ihrer Entstehung auf den rechten Flügel des ehemaligen Solidarność-Lagers zurück, weshalb viele Beobachter nach der Wahl 2005 zunächst sogar eine Koalition der beiden Parteien erwartet hatten (vgl. Borejza 2009: 9ff.). Durch ihren Wirtschaftsliberalismus und Konservatismus sind die inhaltlichen Unterschiede zwischen den politischen Programmen beider Parteien tatsächlich viel weniger groß, als ihre unversöhnliche Gegnerschaft erwarten lässt. Entsprechend verbreitet ist die These, dass die gegensätzliche Ausrichtung der beiden Parteien nicht aus echten Differenzen sondern aus Gründen der Konkurrenz und unterschiedlichen Imagestrategien erwächst. Tatsächlich stellt die PO trotz einiger Zugeständnisse an den Sozialstaat in jüngerer Zeit eine dezidiert wirtschaftsliberale und rechtsstaatlich orientierte Partei dar und pflegt das Image einer Partei der Privatunternehmer und Besserverdiener, der Jungen, Modernen und Erfolgreichen. Diesem expliziten Wirtschaftsliberalismus setzte die PiS eine soziale Orientierung entgegen, die sich bis 2015 allerdings kaum in ihrem politischen Programm niederschlug. Eine Analyse des Parteiprogramms ließ vielmehr lange den Schluss zu, dass die Thematisierung von sozialen Missständen und der Forderung nach mehr Solidarität allein dem instrumentelle Marketinginteresse einer im Grunde wirtschaftsliberalen Partei geschuldet war (vgl. Borejza 2009: 11f.). Nach der Einschätzung von Parteienforschern hat die antagonistische Frontstellung zwischen PO und PiS dabei geholfen, das Wahlverhalten der eigenen Wähler zu stabilisieren und war für die parteipolitischen Konkurrenten in der von Instabilität gekennzeichneten Parteienlandschaft Polens mittelfristig von Vorteil (vgl. z.B. Białocki et al. 2011: 27). Auf längere Sicht gesehen ist die starke machtpolitische Orientierungen, die einer solchen Konkurrenz zugrunde liegt allerdings nicht dazu angehtan, das Vertrauen in die Politik zu erhöhen und die Parteienlandschaft zu stabilisieren. Entscheidend ist aber vor allem, dass der Antagonismus zwischen den zwei Parteien respektive den Richtungen, die sie verkörpern gerechtfertigt ist. Aufgrund der verschiedenen Strömungen, die auf beiden Seiten zusammenfließen bilden sie zwar keine einheitlichen Lager; die politische Wahl oder auch Zurechnung für das eine oder andere Lager resultiert

---

<sup>5</sup> Indirekt lassen dieser Ergebnisse darauf schließen, dass die ärmsten Schichten der Bevölkerung oder die so genannten Transformationsverlierer sich nur in sehr geringem Maß überhaupt an Wahlen beteiligen.

in weiten Teilen vielmehr gerade aus einer Ablehnung der Gegenseite. Trotz dieser Pluralität lässt sich sagen, dass die Bereitschaft zu autoritären Maßnahmen, die in der Parteiführung der PiS vorhanden ist eine unüberbrückbare Differenz zwischen den beiden Seiten schafft. Bereits während der ersten PiS-geführten Regierung von 2005–2007, an der neben der PiS noch die radikalpopulistische Bauernpartei Samoobrona und die rechtsextremistische LPR beteiligt waren, zeigte sich dieser Zug.<sup>6</sup> Damals hatte sie sich demonstrativ der Mittel eines autoritären Staates bedient, war mit Polizeimethoden gegen vermeintliche Korruptionsnetzwerke vorgegangen und hatte allgemein ein Klima der Abrechnung geschaffen (vgl. Modzelewski 2013: 411ff.). Als aktuelle Regierungspartei hat die PiS nun damit begonnen, ihre sozialen Wahlversprechen tatsächlich einzulösen. Darüber hinaus hat sie mit dem Verfassungsgericht eine zentrale Instanz der Gewaltenteilung in ihrer Funktionsfähigkeit eingeschränkt, die Staatsanwaltschaft in die Hände des Justizministers gelegt und die staatlichen Medien einer direkten Kontrolle durch die Regierung unterworfen. Auch die Tatsache, dass Jarosław Kaczyński die Politik der Ministerpräsidentin und des Präsidenten dominiert ohne selbst ein Regierungsamt innezuhaben spricht für eine Skrupellosigkeit, die ihn von anderen Politikern unterscheidet. Zudem genießt die PiS die Unterstützung der Medien um Redemptoristen-Pater Tadeusz Rydzek und damit von Strömungen, die auch innerhalb des polnischen Katholizismus umstritten sind und mit ihrer aggressiven Ausrichtung nicht weniger zur Parteinahme drängen als die Diffamierungsrhetoriken der PiS in der Parteipolitik (vgl. Porter-Szücs 2011: 391 ff.). Im Gegenzug für die mediale Unterstützung durch Radio Maryja radikalisierte sich die PiS in programmatischer Hinsicht bereits während ihrer ersten Regierungszeit (vgl. Przyłęcki 2012: 85) und inzwischen kann in den Kreisen der so genannten „Familie Radio Maryja“ eine Art engagierte Basis der PiS gesehen werden. In jüngerer Zeit haben sich Vertreter der etablierten Rechten zudem zunehmend für die Aktivitäten von rechtsradikalen und neofaschistischen Kreisen interessiert, die bis dato fast ausschließlich in Subkulturen und dem Hooliganmilieu präsent gewesen waren.

Mit dieser Situation korrespondiert, dass die PO lange Zeit über ihre dezidiert wirtschaftsliberale Kernwählerschaft hinaus von vielen Menschen unterstützt wurde, die in der PiS eine potentielle Bedrohung des Rechtsstaat und in der PO den Garanten einer liberalen Gesellschaftsordnung beziehungsweise das vergleichsweise kleinere Übel sahen (vgl. Żuk 2010:125; exemplarisch auch: CBOS 2011). Allerdings kann auch das nationalkonservative Weltbild, das sich über eine pessimistische Grundhaltung und eine konservative Auslegung der katholischen Wertehierarchie hinaus durch die Präsenz nationalkatholischer Vorstellungen auszeichnet nicht allen PiS-Wählern unterstellt werden (vgl. Jasiewicz 2009: 506). Der ethnonationale Protest, der nun bereits seit einigen Jahren die öffentliche Diskussion in hohem Maße dominiert, tritt empirischen Analysen zufolge erst seit der Jahrtausendwende in verschärfter Form in Erscheinung (vgl. Rychard 2005:112f.; Leder 2014). Zu seinen Kennzeichen gehört nicht nur, dass er führende Kreise in Politik, Wirtschaft und

---

<sup>6</sup> Als eine radikalisierte Bewegung die zur Verteidigung der polnischen Bauern und ihrer Interessen auftrat unterscheidet sich die Samoobrona von der in Polen dominierenden populistischen Rechten (vgl. Modzelewski 2013: 410).

Presse als illegitim angreift und den Status Quo als Katastrophe darstellt, sondern auch, dass er Themen wie Gerechtigkeit und Selbstbestimmung verbal aufgreift. Den Eliten in Politik und Wirtschaft werden kriminelle Machenschaften unterstellt, die zu Kosten der Nation und ihrer Interessen gehen. Im Vorfeld der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2015 hat sich die PiS vorübergehend von diesem Diskurs distanziert und ist ebenso versöhnlich wie reformorientiert aufgetreten. Im Ergebnis wurde sie über ihre Stammwählerschaften hinaus bis weit in die liberale Mitte hinein von Menschen gewählt, die mit der wenig dynamischen Regierungspolitik der PO unzufrieden waren und sich von der PiS einen positiven Wandel erhofften (exemplarisch: CBOS 2015). Allerdings bedeutet dieser Rechtsruck keine Auflösung der politischen Polarisierung: So ist nach dem Absturz der PO in den Meinungsumfragen mit der neuen Partei *Die Moderne* bereits erneut eine liberale Partei im Spiel. Zudem hatten nationalkonservative und nationalkatholische Kreise ihren Protest während der Regierungszeit der PO häufig in Form von Demonstrationen und Kundgebungen auf die Straße getragen – seit dem Wahlsieg der PiS im November 2015 finden regelmäßig Proteste gegen die neue Regierung statt, die von dem extra gegründeten *Komitee zur Verteidigung der Demokratie* [Komitet Obrony Demokracji – KOD] organisiert werden. Mit dieser Namensgebung knüpfen sie an das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter [Komitet Obrony Robotników – KOR] an, der wichtigsten Organisation der demokratischen Systemopposition in den 1970er Jahre. Auch die Vorliebe, symbolisch auf die Zeit vor 1989 zurückzugreifen beschränkt sich also nicht auf die ethnonationale Rechte. So wie Liberale von rechter Seite gerne als Kommunisten und Nationsfeinde beschimpft werden, wird Jarosław Kaczyński von liberaler Seite gegenwärtig häufig als Bolschewist betitelt.

## 5 Soziale Konfliktlinien und ihre nationalkatholische Einbettung

David Ost hat die Entstehung der Postsolidarność-Rechten untersucht und deren elitenfeindlichen Populismus als eine Verarbeitung des sozialen Ärgers gedeutet, der durch die Massenentlassungen zu Beginn der 1990er Jahre entstanden ist. Den Hintergrund seiner Interpretation bildet die maßgebliche Rolle, die prominente Führungskräfte der ehemaligen Solidarność-Bewegung als Regierungspolitiker bei der Umstrukturierung gespielt haben. Nach den Verhandlungen am Runden Tisch hatte sich aus der ehemaligen Systemopposition neben einem Wahlbündnis auch wieder eine Gewerkschaft Solidarność gebildet, welche die von ehemaligen Oppositionellen wie Tadeusz Mazowiecki geführte Regierungskoalition der ersten Stunde unterstützte. Dieser ersten Regierung, die sich die Staatsführung noch mit der Kommunistischen Partei teilte, stellte sich die Protestbereitschaft der Belegschaften als eine Bedrohung des Reformkurses dar, weshalb die Regierungspolitiker und Gewerkschaftsführer des Solidarność-Lagers eher auf die Verhinderung sozialen Protests hinarbeiteten, als die Transformationsverlierer in ihrer Interessensartikulation zu unterstützen. Das Vertrauen, das den ehemaligen Oppositionellen von Seiten der

Arbeiter entgegen gebracht wurde half auf diese Weise bei der Durchsetzung der harten wirtschaftspolitischen Maßnahmen (vgl. Ost 2005: 94–120). Wenngleich jeder einzelne Reformschritt, das Tempo und die Umsetzung der Umstrukturierung breit diskutiert wurde – ein alternatives Reformprojekt, in dessen Zentrum die unmittelbaren Interessen der Arbeiter am Erhalt ihrer Arbeitsplätze gestanden hätte gab es nicht. Zugeständnisse wie eine Drosselung des Liberalisierungstempos oder eine stärkere soziale Abfederung schienen möglich, aber die Abwicklung großer Teile der produzierenden Industrie erschien den politischen Entscheidungsträgern unumgänglich. In dieser Situation waren es Akteure der *Solidarność*-Rechten, die den sozialen Ärger der Transformationsverlierer zumindest in ihrer Rhetorik berücksichtigten. Die argumentative Stoßrichtung des neuen populistischen Diskurses bildete sich bereits während der ersten Übergangsregierung heraus, an der neben Vertretern des Bürgerkomitees „*Solidarność*“ auch die Kommunistische Partei beteiligt war. Von den damaligen *Solidarność*-Größen forderte allein Lech Wałęsa in der ersten Phase des Umbruchs eine politische Reaktion auf den sozialen Ärger in den Belegschaften, womit er bei seinen linksliberalen Kollegen allerdings auf Ablehnung stieß. Etwa zeitgleich, so legt es eine Rekonstruktion der Ereignisse nahe, bemerkte Jarosław Kaczyński, dass unter den Wählern des *Solidarność*-Lagers neben dem sozialen Ärger auch eine Aversion gegenüber der Machtbeteiligung der Kommunistischen Partei verbreitet war, die sich politisch nutzen ließ und entwickelte den strategischen Prototyp, Teilen der Bevölkerung zur Beschwichtigung ihrer Empörung symbolische Siege über den Kommunismus anzubieten (vgl. Krasowski 2012: 145ff.). In diesem Sinne lässt sich das von Wałęsa im Präsidentschaftswahlkampf 1991 vertretene Konzept der Beschleunigung interpretieren, das die Handschrift seines damaligen Beraters Kaczyński trägt und im Kern auf Neuwahlen zielte, um die Beteiligung der Kommunistischen Partei an der Regierung zu beenden. Ein paar Jahre später begann auch der Präsident der Gewerkschaft Marian Krzaklewski eine Argumentation zu vertreten, die der unvollendeten Befreiung von der überkommenen Herrschaft die Schuld für die soziale Misere der Zeit gab (vgl. Ost 2005: 2). Die entsprechende Ansicht, die Regierungsbeteiligung der Kommunistischen Partei und eine mangelnde Säuberung des Staatsapparats von den alten Eliten habe eine konsequente Umstellung auf die Marktwirtschaft, die Einkehr allgemeinen Wohlstands und die freie Entfaltung des polnischen Volks verhindert, ist heute weit verbreitet und wird vor allem in rechten Medien vertreten.

Mit dem sozialen Thema und seiner diskursiv verschobenen Bearbeitung als Frage der politischen Macht hat Ost eine wichtige Komponente des Populismus benannt, die sich in der Rhetorik der PiS in prominenter Weise wieder findet. Es ist dieser populistische Diskurs, der von Ost als eine Kanalisierung des sozialen Ärgers in moralisierenden Kategorien der kollektiven Zugehörigkeit gedeutet worden ist (vgl. Ost 2005: 87). Ein sozioökonomisches Konfliktfeld verlangt nach Verhandlungen und Kompromissen, weshalb seine konstruktive Bearbeitung in einer Sprache der absoluten Werte und personalisierenden Schuldzuschreibungen von vornherein ausgeschlossen ist. In der Tatsache, dass soziale Themen wie Arbeitslosigkeit und Armut von der populistischen Rechten anhand eines



Motivs artikuliert werden, in dem sich die katholische Nation und die Machthaber feindlich gegenüber stehen, liegt demnach einer der Gründe für die polarisierende Dynamik die der ethnonationale Populismus in der politischen Öffentlichkeit entfaltet. Es handelt sich hierbei um ein flexibles Grundmotiv, das nicht nur der kollektiven Selbstwahrnehmung der nationalkonservativen Opposition sondern auch weiten Teilen des Mainstreams entgegenkommt. Der personalisierende Schuldiskurs, in welchen Fragen der Wohlstandsverteilung, der allgemeinen Gesellschaftsentwicklung und der öffentlichen Bedeutung des Katholizismus von nationalkonservativer Seite seit 1990 eingebettet werden ist dabei nicht gänzlich neu. Der ethnonationale Populismus kann vielmehr auf ein breites semantisches Feld zurückgreifen, das von den ethnozentrischen Kategorien nationalklerikaler Kreise ebenso bespielt wird wie von den moralisierenden Diskursen ehemaliger Systemoppositioneller, die in den alten kommunistischen Eliten auch nach 1989 noch einen Feind der polnischen Nation sehen. Diese beiden Strömungen, die in der polnischen Geschichte zu unterschiedlichen Zeitpunkten und in verschiedenen Kontexten entstanden sind treten in der populistischen Rhetorik der Postsolidarność-Rechten in einer neuen Gestalt in Erscheinung, in der sich die unterschiedlichen Elemente vermischen. In ihrem Protest gegen die liberalen Machteliten stützt sich die populistische Opposition entsprechend nicht nur auf rechte und nationalkonservative Medien sondern auch auf die nationalkatholische Presse. Im Gegensatz zum liberalen Mainstream, der die prägende Rolle des Katholizismus in der polnischen Geschichte und Gegenwart akzeptiert aber nicht zu einem Gegenstand des nationalen Kult macht, wird die Identifizierung von Nation und Katholizismus in den radikaleren Teilen der rechten Presse essentialisiert. Der nationalklerikale Fundamentalismus, der den Katholizismus zum wesentlichen Charakteristikum der polnischen Nation und zur patriotischen Pflicht erhebt wendet sich aggressiv gegen die Probleme der heutigen Zeit und verschiedene Ausprägungen des Liberalismus. Wie sich an Radio Maryja zeigen lässt, greift er mit einer ihm eigenen Sprache auf den Antikommunismus, Verschwörungstheorien und indirekt auch auf antisemitische Vorstellungen zurück (vgl. Krzeмиński 2009; Głuchowski/Hołub 2013: 299ff.).

Im populistischen Diskurs der PiS und weiten Teilen der rechten Presse vermischt sich eine nationalkatholische Sprache mit einer nationalen Befreiungsrhetorik, die sich an Sichtweisen aus der Zeit der Opposition gegen den Kommunismus anlehnt wie sie im kollektiven Gedächtnis noch präsent sind. So wendet sich die PiS nicht nur gegen die liberalen Eliten sondern auch gegen einen Machtverlust der Kirche und die Bedeutungseinbußen der katholischen Morallehre, während sie sich die Befreiung der polnischen Nation als Gemeinschaft gleichgesinnter Katholiken auf die Fahnen schreibt. Die Kodierung ihrer Argumentationsmuster in einer systemoppositionellen und nationalkatholischen Sprache hat es der PiS ermöglicht, sich über Teile der traditionell mit der Solidarność verbundenen Wählerschaft hinaus nationalklerikale Wählerkreise zu erschließen und sich als wichtigster Vertreter der rechtskonservativen Strömungen zu etablieren (vgl. Pankowski 2010: 155 ff.). Die Wahlerfolge der PiS sind daher nicht nur sozioökonomisch zu erklären. Vielmehr repräsentiert die Partei mit dem rechten Rand des polnischen Katholizismus und den eliten-

feindlichen Strömungen auch Haltungen, die sich zwar mit einer negativen Sicht auf die Transformationsgeschichte und Machtverteilung in der heutigen Gesellschaftsordnung verbinden, aber nicht unbedingt aus einer direkten Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit oder einen Mangel an persönlichen Aufstiegsmöglichkeiten resultieren.

## 6 Ethnonationale Deutungsmuster in der Opposition

Die Nation steht besonders häufig im Zentrum populistisch agierender Bewegungen oder Parteien. Diese Tendenz hängt mit der kollektiven Subjektivität moderner Gesellschaften zusammen: Die staatlich verfassten Gesellschaften, von deren Funktionsfähigkeit, Produktivität und Solidarität die Existenzmöglichkeiten des Einzelnen abhängen, werden als Nationen mit einer je eigenen Geschichte aufgefasst. Die Nation und ihr Wohlergehen ins Zentrum einer parteipolitischen Programmatik zu stellen gehört daher in einer repräsentativen Demokratie zum Kern jeder zukunftsorientierten Programmatik. Die kollektive Geschichte und gegenwärtige Lage der national verfassten, gemeinschaftlich aufgefassten Gesellschaft wird in Form von nationalen Selbstbildern thematisiert, die plastisch sind und der Selbstverständigung dienen (vgl. Anderson 1996: 209f.). Darüber hinaus demonstrieren stereotype Vorurteile und ethnozentrische Wirklichkeitsinterpretationen eindrucksvoll, dass nationale Gemeinschaftsvorstellungen aus einem Material gemacht sind, das sich auch für kollektive Kompensationsprozesse und für autoritäre, durch entsprechende Charakterstrukturen abgestützte Denkmuster eignet (grundlegend: Adorno 1973; exemplarisch für sozialpsychologische Ansätze in der Vorurteilsforschung: Rippl 2003). Aufgrund aller genannten Aspekte, den zweckrationalen, kommunikativen und sozialpsychologischen, eignen sich Bezugnahmen auf die Nation, ihre Geschichte und ihre angenommenen Rechte besonders gut zur Herstellung von Legitimation. Für die Affinität von populistischen Argumentationen zu Kategorien des nationalen Interesses und ethnozentrischen Wirklichkeitsinterpretationen zeichnet in den ostmitteleuropäischen Ländern allerdings noch ein spezifischer Grund verantwortlich. Denn durch die kommunistische Herrschaft ist die traditionelle Verbindung von Nation und Demokratie im Bewusstsein der hiesigen Bevölkerungen aktualisiert worden (vgl. Claussen 2000: 18f.). Es gehört zur allgemeinen Geschichte der ostmitteleuropäischen Gesellschaften, dass sie sich in ihrer Ablehnung des homogenisierenden Sowjetsystems auf die eigene Nation und Differenz bezogen. Auf diese Weise konnte die Nation unter kommunistischer Herrschaft noch an zusätzlichem Stellenwert gewinnen und zwar sowohl in ihrer Eigenschaft als politischer Verbund und vorgestellte Solidargemeinschaft als auch in ihrer Funktion als Marker kultureller Eigenheit. Insbesondere in den Ländern des Ostblocks, in denen der Kommunismus in der populären Alltagswahrnehmung als Fremdherrschaft wahrgenommen worden ist, wie in Polen oder Ungarn, wurde die erhoffte Wende zu Demokratie und Marktwirtschaft mit der Befreiung der Nation verbunden. Die Präsenz genuin nationaler Zielsetzungen wie Unabhängigkeit und Volkssouveränität traten dabei in einem Zusammenhang mit spezifischen Ausprägungen der nationalen Selbstwahrnehmung und Geschichtsinterpretation auf. So wurde in der

souveränitätsbeschränkenden Vormachtstellung der Sowjetunion in der Breite der polnischen Bevölkerung eine Fortsetzung der traditionell gegen die polnische Nation gerichteten Dominanz Russlands gesehen (exemplarisch: Pomian 1985: 87f.). Hinzu kommt, dass der Katholizismus unter den Bedingungen des Kommunismus in seiner politischen Bedeutung aufgewertet wurde (vgl. Luks 1993: 159–164) und der katholische Charakter der polnischen Nation eine neue politische Aufladung erhielt (vgl. Kubik 1994: 103–128).

Allerdings existierte in der entlang von Milieus segmentierten Gesellschaft auch während des Kommunismus eine ganze Bandbreite verschiedener und zum Teil gegensätzlicher Auffassungen über die Beschaffenheit der kommunistischen Herrschaft, den Charakter der eigenen Nation und die Bewertung der nationalen Geschichte. Die *Solidarność* von 1980/81 spiegelte diese Heterogenität. Neben verschiedenen sozialen Großgruppen waren in ihr auch gegenläufige weltanschauliche Strömungen vertreten. Auf eine Annäherung unterschiedlicher Milieus hatten oppositionelle Gruppierungen seit den frühen 1970er Jahren hingearbeitet und in diesem Kontext einen politischen Diskurs hervorgebracht, der die traditionellen Gräben zwischen Linken, Patrioten und Katholiken zumindest punktuell überbrückbar machte und in weiten Teilen der Bevölkerung auf Resonanz stieß (entsprechend programmatisch: Kołakowski 1973; Michnik 1976; erinnernd: Kuroń 1991, 543–546). In ihrem Kern beruhte die oppositionelle Situationsinterpretation darin, „Ihnen“, also dem System und seinen Profiteuren ein nationales „Wir“ entgegenzusetzen (vgl. Tatur 1990, 92 ff.; Pankowski 2010: 59–62). Das gesellschaftshistorisch Besondere der polnischen Oppositionsbewegung gegen den Kommunismus bestand in der milieuübergreifenden Allianz, die durch die Gegnerschaft gegen das kommunistische System trotz innerer Spaltungen und Konflikte faktisch Bestand hatte. Es ist diese soziale und weltanschauliche Breite, die der *Solidarność* den Charakter einer gesamtgesellschaftlichen Bewegung verlieh. Für die ungewöhnliche Zusammenarbeit von katholischen und post-marxistischen Intellektuellen, aber auch von Intellektuellen und Arbeitern spielten Bezüge auf die kollektiven Interessen und Gemeinsamkeiten als Nation eine entscheidende Rolle. So wurde der repressiven Politik der kommunistischen Partei nicht nur der produktive Charakter der sich selbst organisierenden Gesellschaft entgegengestellt, sondern auch der Wert ihrer nationalen Tradition, ihrer Geschichte und ihrer Religion (vgl. Kuroń 1977; Meller 2000).

Die populistische PiS geht nicht nur personell auf das *Solidarność*-Lager zurück. Auch in ihrer Rhetorik bezieht sie sich auf das oppositionelle Erbe und mischt rhetorische Versatzstücke und Topoi aus der Zeit der Systemopposition mit aktuellen Forderungen. Zur Klaviatur des ethnonationalen Populismus im heutigen Polen gehört mithin eine Verkleidung von aktuellen Gefühlslagen in Kategorien, die ihren symbolischen Gehalt und ihre Legitimation aus der Vergangenheit beziehen. Die Ähnlichkeit mit dem nationalen Diskurs der Systemopposition aus der Zeit der 1970er und 1980er Jahre ist allerdings äußerlicher Natur. Denn während die Oppositionsbewegung auf die Erlangung nationaler Selbstbestimmung zielte, es ihr also um volle staatliche Souveränität und die Beteiligung der Gesellschaft an der politischen Entscheidungsmacht ging, tritt der Diskurs der Nationalkonservativen nicht

im Zusammenhang mit politischen oder sozialen Reformprojekten auf, die der heutigen Wirklichkeit Rechnung tragen. Abgelöst von den emanzipatorischen Zielen des systempositionellen Nationalismus werden aus seinen Kategorien, argumentativen Wendungen und Topoi Worthülsen ohne substantiellen Inhalt. Die Weltsicht, die sich aus diesen Deutungen zusammensetzt, mag aus Sicht ihrer Anhänger plausibel sein. Aus soziologischer Sicht handelt es sich allerdings weniger um eine Wirklichkeitsinterpretation als um eine pseudoreligiöse Verarbeitung der komplexen Realitäten, bei der die Nation und der Katholizismus als Werte festgehalten und fixiert werden. Ihren Anhängern eröffnet das subjektive Bekenntnis zum nationalkatholischen Radikalismus zudem die Möglichkeit, sich einem größeren Kollektiv zugehörig zu fühlen. Die dadurch entstehende Gemeinschaft trägt imaginierten Charakter im Sinne Benedict Andersons, da sich die meisten ihrer Mitglieder persönlich nicht kennen und sich einander dennoch zugehörig fühlen (vgl. Anderson 1996: 15f.). Gestützt wird diese Gemeinschaft Gleichgesinnter durch inhaltlich spezifisch ausgerichtete Medien, durch Verlage, Stiftungen und vor allem durch Teile der katholischen Kirche. Wie die gewerkschaftliche Massenbewegung von 1980/81 basiert auch die nationalkonservative Gemeinschaft im heutigen Polen auf einer ideellen Zusammengehörigkeit. Anders als bei der *Solidarność* handelt es sich aber nicht um eine soziale Bewegung, bei der sich die Menschen zu spezifischen Zwecken von unten organisieren, sondern um eine Masse von ähnlich Gesinnten, die sich durch Aufrufe von bekannten Meinungsträgern oder dem lokalen Pastor zu Wahlen, Demonstrationen und Protestveranstaltungen mobilisieren lässt. Der Resonanzraum, der dieser Opposition über die aktiven Anhänger ihrer ethnozentrischen Situationsdeutung hinaus Unterstützer beschert, speist sich demgegenüber aus sozialem und politischem Ärger. Dass der nationalkatholische Populismus zu einer flexible einsetzbaren Sprache des Einspruchs geworden ist zeigt sich besonders deutlich bei sozialen Protesten, in deren Rahmen die für den nationalkatholischen Fundamentalismus typischen Symboliken und Slogans eher eine Randerscheinung darstellen, die zwar Aufsehen erregen aber nicht im Zentrum der Auseinandersetzung stehen. In diese Konstellation passt auch, dass viele PiS-Wähler ihre Wahl von 2015 damit begründeten, dass sie mit der PiS die Hoffnung auf politische Veränderungen, soziale Reformen und positive Impulse in der Wirtschaft verknüpften.

## 7 Politischer Aufstieg des Postsolidarność-Populismus

Dass sich mit unrealistischen Versprechungen Wahlen gewinnen lassen zeigte sich in Polen erstmals bei den Präsidentschaftswahlen 1991, als der bis dato völlig unbekannte Stanisław Tymiński es mit populistischen Slogans bis in die Stichwahl schaffte. Auch das diskursive Profil des späteren PiS-Populismus zeigte sich in Ansätzen bereits beim ersten Präsidentschaftswahlkampf, bei dem sich Lech Wałęsa von Jarosław Kaczyński beraten ließ (zur Wahlkampagne: Krasowski 2012: 154ff.). In der durch viele Splitterparteien und Parteiumbildungen charakterisierten Parteienlandschaft der 1990er Jahre gab es einige populistische Parteien und Bewegungen (vgl. Przyłęcki 2012: 69). Aber erst nach der

Jahrtausendwende ist es mit der PiS-Partei einer ausgeprägt populistischen Partei gelungen, zu einem der politischen Hauptakteure aufzusteigen. Der parteipolitische Aufstieg aus der zweiten in die erste Reihe der Postsolidarność-Parteien gelang der PiS (wie auch der PO) erst durch die politische Marginalisierung aller linksliberalen Gruppierungen. Hinzu kam die Marginalisierung der postkommunistischen Linken nach ihrer letzten, von Korruptionsaffären überschatteten Regierungszeit von 2001 bis 2005 (vgl. Borodziej 2010: 395 ff.). In den Jahren rund um den EU-Beitritt ist es in Polen demnach zu einem Rechtsruck gekommen, von dem sich die Parteien, die den Transformationsprozess in erster Linie geschultert hatten bis heute nicht erholt haben. Die PiS verdankt ihren Aufstieg demnach dem Zerfallsprozess der politischen Klasse, die in ihren Ursprüngen auf die Ordnung vor 1989 zurückgeht und deren Protagonisten den Umbruch zur neuen Ordnung bis hin zur EU-Mitgliedschaft organisiert haben.

Da in Polen mit den Aktivisten der Systemopposition bereits zu Wendezeiten eine alternative politische Elite existierte hegte die Parteienforschung in den 1990er Jahren die Hoffnung, dass sich auf Grundlage der Bindungen an die ehemaligen Systemparteien auf der einen Seite und die ehemals oppositionellen Gruppierungen auf der anderen Seite ein stabiles, cleavage-basiertes Mehrparteiensystem herausbilden würde. Allerdings scheint es fraglich, inwieweit die Wähler ihre Interessen in der Wendezeit überhaupt durch die neu gegründeten Parteien repräsentiert sahen (vgl. Wesołowski 2000). In jedem Fall erwies sich die Bindung zu den politischen Formationen aus der Zeit vor 1989 als weit weniger resistent als die traditionellen Parteibindungen in den älteren Demokratien. In der postsozialistischen Konstellation haben die entsprechenden Lager nur während der ersten 15 Jahre jeweils genügend Wähler für sich mobilisieren können um das politische Geschehen im Land zu dominieren. Der Niedergang der linksliberalen Repräsentanten der ehemaligen Solidarność korrelierte noch mit der Verwirklichung einiger ihrer zentralen Anliegen. Ende der 1980er Jahre verkörperten sie eine Alternative zur Kommunistischen Partei, eine Möglichkeit des Aufbruchs und der Veränderung. Ihre demokratischen Ziele haben in den verfassungsstaatlichen Institutionen der Dritten Polnischen Republik Gestalt angenommen und die pro-europäische Ausrichtung ist mit der EU-Mitgliedschaft zur Staatsräson geworden. Der Wirtschaftsliberalismus hingegen war in der Solidarność von 1980/81 noch kaum präsent und hat sich erst im Laufe der 1980er Jahre, analog zur Entwicklung einer praktischen Reformorientierung innerhalb der Kommunistischen Partei, zu einer Strömung innerhalb der Systemopposition ausgebildet, bevor er mit der Wende von 1989 ins Zentrum des Geschehens rückte (vgl. Szacki 2003: 188ff., 214ff.). So wurde das soziale Thema, die innergesellschaftliche Solidarität, nach 1989 noch am ehesten von der postkommunistischen Linken vertreten. Diese Konstellation ermöglicht es der populistischen PiS bis heute, sich mit ihrem nationalen und sozialen Anstrich als Erhalter der Solidarność von 1980/81 zu inszenieren. Allerdings bilden die aus der Zeit der Systemopposition auf die Gegenwart übertragenen Wirklichkeitsinterpretationen in erster Linie eine Sprache der Opposition, die Emotionen wie Ressentiments, Enttäuschung und Aggression auszudrücken vermag, aber nicht von einer alternativen Gesellschaftsvision getragen wird.

An der Entstehungsgeschichte der PiS lässt sich zeigen, dass die Partei wie sie heute existiert nicht aus einer sozialen Bewegung, sondern durch Entscheidungen von Parteipolitikern entstanden ist. Zumindest Jarosław Kaczyński kann man zudem unterstellen, dass er sich allein aus machtpolitischen Gründen dazu entschieden hat, sozialen Ärger und autoritäre Tendenzen durch eine elitenfeindliche, aggressive und skandalisierende Rhetorik für seine Partei zu mobilisieren. Als Protestpartei nimmt die PiS verbal für die Menschen Partei, für die die liberalen, sozialdemokratischen und konservativen Parteien des Mainstreams keine Option darstellen. Da es der PiS dabei gelingt, auf reale Mängel in Politik und Gesellschaft hinzuweisen, spricht sie neben wirklich unzufriedenen Protestwählern allerdings auch gemäßigte Wähler an, die spezifischen Aspekten der postsozialistischen Entwicklung kritisch gegenüber stehen, etwa der hohen Jugendarbeitslosigkeit oder dem Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit. Ein drittes Standbein bilden spezifische Interessens- und Weltanschauungsmilieus wie die nationalkonservativen und nationalklerikalen Strömungen, die in Radio, Fernsehen und Printmedien mit großen Marktanteilen vertreten sind. Auch ohne Kenntnis der Geschichte nationalkatholischer und rechtsradikaler Strömungen in Polen lässt sich die Vielfalt einer entsprechenden Presse nach 1989 als Hinweis auf deren Lebendigkeit während der Zeit des Kommunismus lesen. Denn nach der Abschaffung der Zensur entstand in Polen nicht nur eine liberale, konservative und katholische, sondern auch eine nationalkatholische, antisemitische und rechtsradikale Presse. Während rechtsradikale Gruppierungen für den Populismus der PiS bis vor kurzem vor allem Verachtung übrig hatten, unterstützen radikal nationalkatholische Medien und Kirchenvertreter die Partei. Innerhalb der Gesamtheit der polnischen Katholiken stellt diese Strömung mit ihren antisemitischen Tendenzen eine Minderheitenposition dar. Die Kirche selbst hingegen ist gespalten: Den offenen, relativ liberal eingestellten Mitgliedern der Kirchenhierarchie steht eine geschlossene, reaktionäre Strömung gegenüber (vgl. Michlic 2006: 267ff.). Dass die weltoffenen Katholiken innerhalb des polnischen Katholizismus in der letzten Zeit gegenüber reaktionären Strömungen so stark an Boden verloren haben hängt wohl damit zusammen, dass der Katholizismus auch hier unter den Druck säkularisierender Prozesse geraten ist und die Kirche ihres politischen Einflusses zum Trotz heute nicht mehr die zentrale Position einnimmt, die sie noch zu Beginn der 1990er Jahre innehatte (vgl. Hierlemann 2005: 77-104; Zubrzycki 2006: 80).

Vor diesem Hintergrund lässt sich der Populismus der PiS als ein Schirm verstehen, unter dem verschiedene Strömungen ihren Platz haben. Unterstützt von rechten Medien greift die elitenfeindliche PiS nicht nur die Sorgen derjenigen auf, die sich weder mit ihrer Situation noch mit den Machtverhältnissen nach dem Ende des Kommunismus abfinden können, sondern auch das mehr oder weniger berechtigte Misstrauen gegenüber der politischen Klasse und artikuliert beides in der Sprache eines antikommunistischen und nationalkatholischen Konservatismus. Um in der Konkurrenz um die politische Macht zu bestehen thematisiert die PiS also Konflikte, die einen realen gesellschaftlichen Hintergrund haben. Insofern viele liberale Meinungsträger in den letzten 25 Jahren alle sozialen Forderungen als Populismus oder, noch schlimmer, als Sozialismus abgetan haben, hat zum

Erfolg der populistischen Postsolidarność-Rechten letztlich auch der liberale Mainstream selbst beigetragen. Die große Resonanz, mit der die ethnonationalen Gegenwartsdeutungen rechnen können, verdankt sich insgesamt also einem komplexen Zusammenspiel von sozialer und politischer Unzufriedenheit einerseits und alltagskulturell wie medial tradierten, ethnozentrisch aufgeladenen Situationsinterpretationen. Wichtige gesellschaftspolitische Hintergründe können zudem in der langsam erodierenden Stellung des Katholizismus und einer Bildungspolitik gesehen werden, in der die kommunistischer Vergangenheit und ihre Realität nicht erklärt, sondern verteufelt wird. Dieser Vergangenheit mit ihren autoritären und manipulativen Herrschaftstechniken verdankt sich zu guten Teilen wahrscheinlich auch die in weiten Kreisen verbreitete Bereitschaft, an Verschwörungstheorien zu glauben. Letztlich ist die parteipolitische Stärke des ethnonationalen Populismus aber vor allem den sozialen Härten im heutigen Polen, dem Mangel an glaubhaften Problemlösungsstrategien und den Legitimationsdefiziten der politischen Klasse geschuldet. In ihrem Zusammenspiel bilden die genannten Faktoren die innergesellschaftlichen Kontextbedingungen, die für den Erfolg der populistischen Rechten verantwortlich gemacht werden können und die in ähnlicher Form auch in einigen anderen postsozialistischen Gesellschaften gegeben sind.

## 8 Populismus als Teil der postsozialistischen Gemengelage

Wahrscheinlich hat die PiS die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2015 nur deshalb für sich entscheiden können, weil sie soziale und wirtschaftliche Fragen in den Vordergrund gestellt und einen Kurswechsel hin zu einer neuen Reform- und Versöhnungsorientierung suggeriert hat. Vor allem seit dem Flugzeugabsturz in Smoleńsk 2010 war es der PiS gelungen, in zunehmendem Maße über unzufriedene, antikommunistische und nationalkatholische Kreise hinaus Wähler zu mobilisieren, die sich durch feindliche Kräfte dominiert fühlen und die gängigen Darstellungen von Problemlagen und Machtstrukturen für eine Maskerade halten. Mit ihrer Wende hin zu weitreichenden Reformenversprechungen und sozialen Maßnahmen für Familien und Senioren konnte die PiS bei den jüngsten Wahlen ihre Attraktivität noch einmal stark ausweiten und fand bis weit in die konservative Mitte hinein Unterstützung. Stärker denn je knüpft die PiS derzeit an verschiedene Strömungen, Interessenlagen und Einstellungsmuster an und weist eine weltanschauliche und thematische Breite auf, die weit über eine rein negative Darstellung der sozialen und politischen Entwicklung seit 1989 hinausreicht. Insofern die PO in ihrer zweiten Legislaturperiode zunehmend mit Reformstillstand und Problemignoranz assoziiert wurde und alle Reformierungsversuche auf der linken Seite des politischen Spektrums wenig Erfolg versprochen, hatte sich der Rechtsruck allerdings bereits seit einigen Jahren angedeutet. Damit setzt sich ein Muster fort, das sich bereits anlässlich der Krise der linksliberalen Postsolidarność-Parteien und der postkommunistischen Linken zu Beginn des Jahrtausends beobachten ließ. Wie in den postsozialistischen Gesellschaften insgesamt spielt der

Populismus auch in der polnischen Politik eine relativ große Rolle und zwar in allen aus repräsentativ-demokratischen Massengesellschaften bekannten Formen. Die ausgeprägt populistische PiS hat sich parteipolitisch aber zunächst nur aufgrund der Krise der stark in die Transformation involvierten linksliberalen und sozialdemokratischen Parteien durchsetzen können und verdankt seinen jüngsten Wahlerfolg in erster Linie der Unzufriedenheit mit der liberalen PO.

Politische Beobachter haben es wiederholt als Paradox bezeichnet, dass Polens Wirtschaft vergleichsweise hohe Wachstumsraten verzeichnet und die durchschnittliche Lebenszufriedenheit der Menschen laut Umfragen beständig zunimmt, gleichzeitig aber eine negative Sichtweise, wie sie von der PiS und vielen rechten Medien verbreitet wird, den öffentlichen Diskurs dominiert. Wie vielerorts im globalisierten Kapitalismus haben die hohen Wachstumsraten allerdings keinen direkten Einfluss auf die vergleichsweise niedrigen Durchschnittsgehälter, die massiven regionalen Disparitäten, die Jugendarbeitslosigkeit oder die niedrigen Renten und Sozialleistungen. Der polnische Fall zeigt vielmehr, dass auch eine wachsende Industrie in einer offenen, relativ randständigen EU-Ökonomie keineswegs von selbst flächendeckenden Wohlstand, geschweige denn integrationsstarke Strukturen in Politik und Gesellschaft hervorbringt. Die massiven Unterschiede bei den vorhandenen Aufstiegs- und Entfaltungsmöglichkeiten sorgen zudem nicht nur bei den sogenannten Transformationsverlierern sondern darüber hinaus auch bei zahlreichen Kleinunternehmern und Menschen mit einem mittleren Einkommen für Frustration. Unbestritten sind die hohen Raten von Auswanderung und Arbeitsmigration größtenteils diesen problematischen Zustände im Land geschuldet. Der direkte Vergleich mit den reicheren Ländern innerhalb der EU – zu denen in Anbetracht der durchschnittlichen Einkommen in Polen sogar die krisengeschüttelten südlichen Länder gezählt werden – stellt zudem sicher, dass das eigene Land vorrangig als benachteiligt und unterentwickelt gilt; eine Deprivation, die nach den Entbehrungen der Transformation und den langen Jahren der sozialistischen Mangelwirtschaft als ungerecht empfunden wird. Beobachter übersehen außerdem häufig, dass Politik und Verwaltung hinter dem zurückbleiben, was die Menschen von einer Demokratie und einem modernen, funktionalen Staat erwarten. Auch der jüngste Erfolg der PiS spricht vor diesem Hintergrund nicht nur für die soziale Frustration angesichts von Altersarmut und Arbeitslosigkeit und die Wut, die in einem Teil der Bevölkerung auf das liberale Establishment vorhanden ist, sondern auch für die Schwierigkeiten der Politiker, sich und ihre Parteien zu legitimieren. Ob sich entschieden populistische Parteien dauerhaft etablieren können, hängt im Allgemeinen stark davon ab, wie gewichtig die von ihnen aufgegriffenen Probleme sind und wie viel Anklang ihre Situationsinterpretation findet. Das populistische Narrativ, das mangelnde soziale Solidarität verbal aufnimmt und mit ethnonationalen Vorstellungen von der katholischen Nation verknüpft, scheint mit einer relativ dauerhaften Resonanz rechnen zu können.

Die populistische Rechte in Polen und anderen ostmitteleuropäischen Ländern gleicht ihren westeuropäischen Äquivalenten darin, dass sie elitefeindlich auftritt, ethnonationale Argumentation vorbringt und sich gegen eine Vertiefung der EU-Integration ausspricht.



Als spezifisch erweist sich demgegenüber eine größere Offenheit gegenüber historischen Vorbildern, namentlich den autoritären Strömungen in der Zwischenkriegszeit. Auch die verschwörungstheoretischen Konnotationen ihrer Elitenfeindlichkeit stellen eine relative Besonderheit dar, insofern sie nicht nur mit antisemitischen, sondern auch mit antikomunistischen Subtexten angereichert werden. Während populistische Parteien in den älteren Demokratien Europas trotz beachtenswerter Wahlerfolge parteipolitisch bis vor einigen Jahren noch weitgehend marginalisiert gewesen sind, nehmen sie in den postsozialistischen EU-Mitgliedsländern bereits seit den 1990er Jahren einen maßgebenden Platz im Parteienspektrum ein (vgl. De Waele 2010: 95–98). Tatsächlich lassen sich die vorliegenden Ausführungen als Bestätigung der Überlegungen zum „Postsozialismus“ lesen, wie sie von dem Politikwissenschaftler Dieter Segert (2007) entwickelt worden sind. Der Fall der PiS bestätigt, dass sich der Fußabdruck des Sozialismus auch beim Populismus zeigt und zwar nicht nur hinsichtlich der Gründe, die zu seinem Entstehen beigetragen haben, sondern auch hinsichtlich seines inhaltlichen Zuschnitts und seiner Stellung im jeweiligen Parteiensystem. Allerdings unterschieden sich die ostmitteleuropäischen Gesellschaften bereits im Sozialismus stark voneinander und divergieren auch nach 1989 in ihren Entwicklungen. Dies gilt ebenso für den Populismus, der hinsichtlich seines inhaltlichen Charakters, seiner Stärke und seines Machtpotentials zwischen Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei variiert. Wie andere ehemals sozialistische und autoritäre Gesellschaften gehört Polen innerhalb der westlichen Welt zu den Ländern, in denen die Parteiendemokratie besonders instabil und die Bevölkerung außerordentlich stark durch negativen Erfahrungen und Misstrauen, Enttäuschungen und Verunsicherungen geprägt ist. Im Vergleich mit den anderen Visegrád-Ländern sticht Polen gleichzeitig mit den hier beschriebenen Besonderheiten wie der Rolle des Katholizismus, der Geschichte der Systemopposition, der relativen Stärke des Liberalismus oder der spezifisch oppositionell getönten Erzählung von der Unterdrückung der Nation heraus.

## 9 Vorauseilende Entwicklung?

Mit den sozioökonomischen Strukturproblemen, den politischen Legitimationsschwierigkeiten der Parteien und der Bedeutung von Nation und Katholizismus als diskursive Tropen für Unabhängigkeit, Solidarität und kulturelle Selbstbestimmung sind einige wichtige Kontextbedingungen benannt, die für den Aufstieg und die Stärke des ethnonationalen Populismus im heutigen Polen verantwortlich gemacht werden können. Auf unterschiedliche Weise gehören die angesprochenen Problemkomplexe zur Wegbewegung vom Kommunismus und weisen Spuren der kommunistischen Vergangenheit auf; gleichzeitig haben sie Teil an allgemeinen, nicht auf einzelne Nationalstaaten beschränkten Entwicklungen. So gilt etwa für die strukturelle Arbeitslosigkeit als einem Faktor der sozioökonomischen Entwicklung einerseits, dass sie auf die politisch forcierte Privatisierung in den frühen 1990er Jahren zurückgeht, die angesichts von fehlender internationaler Konkurrenzfähigkeit, dem Mangel an inländischem Investitionskapital und der Dominanz neoliberaler

Konzepte in der Wirtschaftspolitik zu einer weitgehenden Abwicklung der meisten ehemaligen Staatsbetriebe führte. Andererseits sind alle westlichen Industriestaaten bereits seit einigen Jahrzehnten in mehr oder weniger starkem Ausmaß mit dem Problem der Arbeitslosigkeit und der Restrukturierung ihrer Industrien konfrontiert. Einerseits sind Länder wie Polen und Ungarn als zerklüftete Gesellschaften aus der Transformation hervorgegangen, andererseits verlieren alle westlichen Industrienationen durch die veränderten Arbeits- und Sozialstrukturen an gesellschaftlicher Kohäsion. Für die politischen Strukturprobleme gilt ähnliches: Auf der einen Seite kann davon ausgegangen werden, dass die geringe gesellschaftliche Rückbindung der Politik, der Mangel an Vertrauen gegenüber politischen Parteien und die hiermit zusammenhängende Volatilität des Wählerverhaltens in den Visegád-Staaten allen Unterschieden im Einzelnen zum Trotz in hohem Maße mit der sozialistischen Vergangenheit zusammenhängt. Auf der anderen Seite lässt sich in Bezug auf die westlichen Demokratien von einem Megatrend sprechen, der zu einer Auflösung der traditionellen Großmilieus und damit auch zu einer Lockerung der Parteibindungen führt. Eine große Zahl an Wechselwählern und populistische Protestparteien mit mehrstelligem Wahlergebnissen existieren inzwischen in beinahe allen westlichen Demokratien. Einige Beobachter, die über die spezifischen Konsolidierungsschwierigkeiten der postsozialistischen Demokratien hinaus auch die allgemeinen Entwicklungstrends beachtet haben, gingen bereits zu Beginn des neuen Jahrtausends davon aus, dass sich die osteuropäischen Demokratien mit ihrer Volatilität und ihrer Empfänglichkeit für populistische Parteien als „Trendsetter“ erweisen könnten (vgl. Segert 2008). Die These, dass es sich bei der untergründigen Instabilität ostmitteleuropäischer Demokratien um eine vorseilende Entwicklung handelt, dreht die weit verbreitete Vorstellung um, nach der sich die neuen Demokratien dem Muster der westlichen Demokratien anpassen und entsprechend konsolidieren würden. Für die westlichen Demokratien innerhalb EU-Europas eher von einer Destabilisierung auszugehen und auch für die nähere Zukunft Polens, Ungarns, der Tschechischen Republik und der Slowakei von der Vorstellung stabiler Parteiensysteme abzurücken, spricht für einen scharfen zeitdiagnostischen Blick und pointiert treffend einen Zug der Zeit. Der Preis dieser Pointierung besteht allerdings darin, dass die Vorstellung einer Entwicklungskongruenz selbst nicht aufgelöst sondern lediglich umgedreht wird. Angemessener ist es demgegenüber, die Strukturprobleme in den ostmitteleuropäischen Demokratien als besonders starke und spezifische Ausprägungen allgemeiner Entwicklungen aufzufassen, deren spezifischer und radikaler Charakter mit der staatssozialistischen Vergangenheit und der Geschichte der Transformation zusammenhängt. Hinzu kommt, dass sich nur schwer abschätzen lässt, ob es sich bei den angesprochenen politischen Problemlagen in den ostmitteleuropäischen Gesellschaften tatsächlich um dauerhafte Realitäten oder vorübergehende Erscheinungen handelt, da gesellschaftliche Entwicklungen immer plastisch sind und von einem komplexen Zusammenspiel vieler Faktoren ebenso abhängen wie von menschlichen Handlungen.

Die Demokratien sind in den postsozialistischen Ländern in einer Zeit eingeführt worden, in der es besonders schwierig ist, demokratische Sicherheit und Parteienstabilität herzu-

stellen. Denn wenngleich die Schwäche der Parteiendemokratien in den ostmitteleuropäischen Gesellschaften primär auf einen Mangel gewachsener Strukturen und Bindungen zurückgeführt werden kann bilden die sozioökonomische, sozialstrukturellen und lebensweltlichen Entwicklungen im globalisierten Kapitalismus keine günstigen Umstände für die Entstehung demokratischer Stabilität. In den 1989 neu geschaffenen Demokratien sind mit der Einführung der Marktwirtschaft bestehende Klassenunterschiede und Milieus sehr plötzlich neuen Spaltungen und Disparitäten gewichen. Zudem haben die herkömmlichen Formen politischer Beteiligung in Parteien, Gewerkschaften und anderen Interessenverbänden hier aus historischen wie organisatorischen Gründen noch weitaus größere Schwierigkeiten, eine massenmobilisierende Wirkung zu entfalten als in den älteren Demokratien der EU. Sowohl etablierte Parteien, die auf personalisierte Marketingstrategien und populistische Rhetoriken zurückgreifen, als auch genuin populistische Parteien, die sich als Alternative gegen die etablierten Machteliten präsentieren, tragen zu einer situativen Berücksichtigung von Bevölkerungsgruppen, Interessen und Meinungen bei, die von den institutionalisierten Repräsentationsstrukturen ansonsten ausgeschlossen sind (vgl. Mazoleni 2008: 38–46). Je stärker es Parteien gelingt, tatsächlich vorhandene Interessen in verallgemeinerter Form zu artikulieren oder entsprechende Wachstums- und Reformprogramme auf den Weg zu bringen und auf diese Weise Wählermassen für sich zu mobilisieren, desto weniger sind sie darauf angewiesen, auf populistische Weise Zustimmung zu generieren. Entsprechend sind auch die Erfolgchancen ausgewachsen populistischer Parteien dann größer, wenn die historisch gewachsene und interessengestützte Rückbindung der politischen Parteien an breite Schichten der Bevölkerung gering ist. In einer postsozialistischen Demokratie wie Polen mangelt es in besonderer Weise an Vertrauen, tragfähigen Affiliationen und Traditionen oder Strukturen, über die maßgebliche Interessen der Bevölkerung systematisch Eingang in die Welt der Politik hätten finden können. Vor diesem Hintergrund beruht das fehlende Vertrauen in die Politik inzwischen auf einem Zusammenhang, in dem sich mehrere Faktoren bedingen und gegenseitig verstärken. So kann der Mangel an Gemeinwohlorientierung und das Fehlen innovativer Ideen für entsprechende Projekte, das heißt für die Förderung sozialer Kohäsion, der politischen Integration und der langfristigen Gesellschaftsentwicklung als ein wesentlicher Grund für das volatile Verhalten der Wähler angesehen werden. Gleichzeitig sind die Parteien für ihr politisches und finanzielles Überleben auf Wahlerfolge angewiesen, so dass die starke Volatilität des Wahlverhaltens die Parteien ständig in ihrer Existenz bedroht und es ihnen an längerfristigen Ressourcen für die inhaltliche politische Arbeit, den Ausbau von partei-internen Strukturen und einer Parteibasis fehlt. Hinzu kommen spezifisch postsozialistische Handlungserschwerisse etwa durch autoritätsgebundenen Routinen informeller Entscheidungsfindung oder den Eigensinn der Verwaltung. Auch äußere Faktoren etwa in der Wirtschaftspolitik durch die haushaltspolitischen Vorgaben der EU oder die Abhängigkeit von ausländischen Investitionen tragen zu einer Einengung des Handlungsspielraums bei. Diese Konstellation aus schwachen Parteien, mangelndem Vertrauen und eingeschränktem Handlungsspielraum fördert populistische Strategien, da diese eine kurz- und mittelfristige Wählermobilisierung ermöglichen. Längerfristig tragen solche primär macht-

politisch basierte Strategien aber selbst zur Erosion von Parteiendemokratien bei, insofern die damit einhergehende Vernachlässigung des allgemeinen Wohls und seiner zukünftigen Entwicklung geeignet ist, das Vertrauen der Wähler weiter zu untergraben.

## 10 Theoretische Schlussfolgerungen

Inwieweit kann der ethnonationale Populismus im heutigen Polen als eine Reaktion auf die Veränderungen aufgefasst werden, die mit der so genannten Globalisierung und allgemein mit dem 21. Jahrhundert assoziiert werden? Die ökonomische Restrukturierung in den 1990er Jahren lässt sich aus theoretischer Perspektive als Anpassung an die Bedingungen des Weltmarkts im zunehmend globalisierten Kapitalismus verstehen und die sozialen Verwerfungen als die Kosten, die de facto für diese Anpassung gezahlt worden sind und bis heute bezahlt werden. Vermittelt hängt der Populismus daher auch mit dem globalisierten Kapitalismus und seinen sozioökonomischen wie lebenspraktischen Folgen zusammen. Das Ende der Ost-West-Konfrontation hat die ehemaligen Gesellschaften des Ostblocks in eine Welt entlassen, in der sich die nationalstaatlich verfassten Wirtschaftsräume zunehmend gegenseitig durchdringen und in der aufgrund der großen internationalen Konkurrenz unter verschärften Bedingungen produziert wird. Die Mechanismen der häufig als Globalisierung bezeichneten Prozesse sind bekannt und lassen sich im kleinen Stil innerhalb der EU beobachten: Die großen Unternehmen aus den westlichen Zentren reagieren auf den verschärften Konkurrenzdruck (zu dem sie nicht zuletzt selbst beitragen), indem sie ihre Zuliefererketten ganz oder teilweise ins östliche EU- Ausland verlegen. Gleichzeitig wandern in einer gegenläufigen Bewegung aufgrund der besseren Verdienstmöglichkeiten und den Strukturproblemen in den Heimatländern viele Privatpersonen zum Arbeiten in die reicheren Länder ab. Das spezifische Gepräge, dass der Fußabdruck des Sozialismus der Konstellation im heutigen Polen verleiht bedeutet daher nicht, dass die Situation in den postsozialistischen Gesellschaften nicht mit der in anderen westlichen Ländern vergleichbar wäre, wie der Verlust an sozialer Kohäsion und an Vertrauen in die politischen Klassen überall und insbesondere in den krisengeschüttelten Gesellschaften Südeuropas zeigt.

Dennoch sprechen über die Entstehungsgeschichte der populistischen Erzählung seit den frühen 1990er Jahren hinaus auch die ressentimentbehafteten Haltungen der Kernwählerschaft der PiS zunächst dafür, dass sich ihr gegenwärtiger Erfolg in erster Linie als eine späte Folge der Transformation und der dabei entstandenen sozialen Problemlagen verstehen lässt, es sich hierbei also um einen stark verzögerten Backlash handelt. Die plötzliche Einführung von Marktwirtschaft und Kapitalismus bedeutete für die polnische Gesellschaft, dass Einfluss und Einkommen von einem Tag auf den anderen anders verteilt wurden und die Sozialstruktur eine vollkommen neue Ordnung bekam. Es ist lange bekannt, dass in Teilen der Bevölkerung nicht nur das Gefühl verbreitet ist, betrogen worden zu sein sondern auch eine Wut auf diejenigen existiert, denen es nach 1989 gelang, sich Machtpositionen zu sichern oder sozioökonomisch aufzusteigen. Liberale Meinungsträger haben

es im postsozialistischen Polen zudem verpasst, Fragen der sozialen Gerechtigkeit, des allgemeinen Wohls und der längerfristigen gesamtgesellschaftlichen Weiterentwicklung zu Themen zu machen, auf die durch politische Weichenstellungen hingearbeitet werden muss. Entsprechend einfach ist es heute für nationalkonservative Kreise, auf die bestehenden Problemlagen hinzuweisen und dafür die linksliberalen, postkommunistischen und liberalkonservativen Regierungen verantwortlich zu machen, wobei allerdings nicht so sehr deren Politik sondern ihre vermeintlich national schädliche Haltung in den Vordergrund gestellt wird. Die Einführung von Kapitalismus und Demokratie und die plötzliche Öffnung der Gesellschaft führte zu Beginn der 1990er Jahre zudem zu einer schlagartigen Veränderung der Lebensbedingungen und einer massiven Umwertung geltender Ideale, Leitbilder und Maßstäbe. Die neuen alltagskulturellen Realitäten mit ihren Freizügigkeiten und kommerzialisierten Wertungen haben den Menschen im postsozialistischen Polen eine Anpassungsfähigkeit abverlangt, die nicht jeder aufbringen kann oder will. Die Konfliktlinie, die in der polnischen Gesellschaft zwischen eher offenen und eher geschlossenen Grundhaltungen existiert tritt vor diesem Hintergrund vorrangig als Reaktion auf die spezifische Öffnung der ehemals sozialistischen Gesellschaft in Erscheinung; plausibler Weise handelt es sich zu guten Teilen um ein Folgeproblem von Abschottung, Staatsozialismus und plötzlicher Öffnung. Allerdings wurden mit der so genannten Transformation nicht nur parlamentarische Demokratie und Marktwirtschaft eingeführt. Die ehemals sozialistischen Gesellschaften wurden auch für die aktuellen, grenzüberschreitenden Dynamiken geöffnet, die in der heutigen Zeit vom globalisierten Kapitalismus, den neuen Technologien und der medial vermittelten Kultur ausgehen. Die Verstetigung der gesellschaftlichen Zerrissenheit und die Strukturähnlichkeiten mit anderen Gesellschaften deuten denn auch darauf hin, dass es zu kurz greift, den ethnonationalen Populismus allein als späten Backlash der Transformation mit ihren rapide vollzogenen Anpassungsprozessen an eine weltmarktintegrierte Ökonomie und Gesellschaft aufzufassen. In diese Richtung weist jedenfalls die Tatsache, dass die soziale Strukturierung der polnischen Gesellschaft die typischen Merkmale entwickelter aber randständiger westlicher Gesellschaften im globalisierten Kapitalismus aufweist. Neben vielen Unterschieden in Intensität und inhaltlicher Ausrichtung lassen sich zudem auch bei den gesellschaftspolitischen Konflikten zwischen postsozialistischen und anderen westlichen Gesellschaften eine ganze Reihe von Analogien finden; so bilden sich etwa in Reaktion auf die Aufweichung des traditionellen Familienmodells derzeit fast überall in Europa konservative Proteste. Vor allem aber stellt sich in allen westlichen Gesellschaften heute die Frage, inwiefern realisierbare Alternativen zu den dominierenden neoliberalen Handlungsempfehlungen in der Wirtschaftspolitik existieren oder anders formuliert, inwiefern sich die gegebenen Sachzwänge durch kreative Lösungen dehnen, umgehen oder marginalisieren lassen. Bei der Herausforderung, eine aktiv gestaltende und dem Allgemeinwohl verpflichtete Politik zu praktizieren haben die größeren Staaten zwar deutlich mehr Spielraum als die kleineren, volkswirtschaftlich und machtpolitisch schwächeren Staaten. Aber überall stehen die echten oder vermeintlichen Handlungszwänge der heutigen Zeit in einem direkten Zu-

sammenhang mit den Wettbewerbsbedingungen und Globalisierungsprozessen in der Weltwirtschaft.

Ihrem motivischen Charakter nach lassen sich die von Seiten der populistischen Rechten evozierten Argumentationsmuster auf die Formierungs- und Modernisierungsprozesse der polnischen Subjektivität im 19. Jahrhundert zurückführen. Die historische Erfahrung mit Aufständen gegen die Unterdrückung der Nation und die Betonung des Katholizismus als Teil des kulturellen Erbes haben zudem für die Opposition gegen den Kommunismus eine wichtige Rolle gespielt. Die nationalkatholische Färbung des populistischen Diskurses ist polenspezifisch, aber sie ist nicht die einzige Färbung, die nationale Bezugnahmen auf die Geschichte von Unterdrückung und Auflehnung annehmen können. Die aktuellen Proteste gegen die nationalkonservative PiS-Regierung zeigen vielmehr, dass die Opposition gegen den Kommunismus und dessen Überwindung ein symbolisches Feld ist, auf das politische Kräfte verschiedenster Ausrichtung bei Gelegenheit zurückgreifen. Auf diese Weise zeigt sich, dass die nationalen Unterschiede keinen essentiellen sondern einen kontextuellen Hintergrund haben; im Grunde handelt es sich um gesellschaftsgeschichtlich entstandene Besonderheiten und Erfahrungsbestände, die der jeweiligen Zielsetzung und dem aktuellen Zusammenhang entsprechend ausgedeutet werden können. Die Geschichte der *Solidarność* zeigt zudem, dass bis in die jüngste Geschichte hinein Bewegungen entstehen konnten, die sich des Themas Nation auf eine substantielle Art und Weise näherten und traditionsbildende Effekte entwickelten. Die Massenbewegung, die sich für soziale Belange und demokratische Mitsprache einsetzte schaffte durch die oppositionelle Situationsanalyse, die symbolischen und argumentativen Bezugnahmen auf die Nation und ihren eigenen Charakter als nationale Erhebung eine Erneuerung der kollektiven Geschichts- und Selbstwahrnehmung. Ihre Substanz bezog die oppositionelle Erzählung aus der Treffsicherheit, mit der die damalige Situation kritisiert und mit den Belangen der Nation, ihren Interessen und ihrer Geschichte konfrontiert wurde. Durch die Einführung von Kapitalismus und liberaler Demokratie ist dieses Narrativ heute selbst Teil der Geschichte und tatsächlich ist ein Großteil der Menschen im heutigen Polen davon überzeugt, dass sich mit der nationalstaatlichen Souveränität, den neuen Freiheiten und der Einführung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit alle wesentlichen Forderungen der ehemaligen Opposition erfüllt haben. Die verhärteten Sichtweisen, die eine Fortsetzung einer nationsfeindlichen Eliten- und Kriminellenherrschaft über den Bruch von 1989 auszumachen glauben, können sich nicht auf vergleichbar gehaltvolle Realitätsinterpretationen stützen. Denn wengleich die anfängliche Machtteilung mit der Kommunistischen Partei eine Realität von einiger Konsequenz darstellt lassen sich die problematischen Dimensionen der sozio-ökonomischen Entwicklung seit 1989 doch hauptsächlich auf die Größe der Herausforderung und fortdauernde Strukturprobleme zurückführen, vielleicht auch noch auf einige problematische Entscheidungen, schwerlich jedoch auf die politische Lagerzugehörigkeit der damaligen Politiker und Profiteure. So zeigt sich im polnischen Fall, dass das starre Bild von wahren und falschen Patrioten und die damit verknüpften Essentialisierungen der polnischen Nation die Politik erst in einer Zeit zu dominieren beginnen, in der die histori-

sche Phase, aus der die oppositionellen Erzählungen von der Unterdrückung der Nation ihre Aktualität und ihren Gehalt bezogen längst abgeschlossen ist.

In Polen und den anderen ehemals sozialistischen Ländern ist nach 1989 etwas Neues entstanden, eine spezifische Gesellschaftsordnung, deren Charakter sich dem Aufeinandertreffen staatlich kontrollierter Ökonomien mit den Realitäten im globalisierten Kapitalismus und neoliberalen Wirtschaftsrezepten auf der einen Seite und der Einführung repräsentativer Demokratien in autoritär strukturierten Gesellschaften auf der anderen Seite verdankt. So hängt zum Beispiel die Schwäche aller linken und sozialdemokratischen Parteien in Polen nicht allein mit den realen Schwierigkeiten zusammen, mit denen eine arbeitnehmerfreundliche Politik in der heutigen Zeit konfrontiert ist, sondern auch damit, dass alle Strömungen, die direkt oder indirekt mit dem Sozialismus in Verbindung gebracht werden können in weiten Teilen der Bevölkerung als diskreditiert gelten. Die Folgen der so genannten Globalisierung von den Folgen des Staatssozialismus zu trennen ist vor diesem Hintergrund eine rein analytische Angelegenheit und nur sinnvoll, um die unterschiedlichen Wirkkräfte benennen zu können, die in ihrem Zusammenspiel für die spezifischen Konstellation und ihre Dynamiken im heutigen Polen verantwortlich gemacht werden können. In der komplexen Realität treffen laufend verschiedene Faktoren zusammen und wirken formierend, teils auch verstärkend aufeinander ein, weshalb sich an allen Sachverhalten – der Schwäche der Parteien, dem mangelnden Vertrauen in die Politik, den sozio-ökonomischen Schwierigkeiten und den gesellschaftspolitischen Konflikten – mitwirkende Bestandteile aus beiden große Kontexten der postsozialistischen Situation feststellen lassen. Dass die Machteliten, die den Liberalisierungskurs und den EU-Beitritt gemanagt haben inzwischen völlig marginalisiert sind und ein ähnliches Schicksal jetzt auch der liberalkonservativen und EU-freundlichen PO droht spricht dafür, dass eine einfache Aufrechterhaltung des Status Quo in der heutigen Konstellation nicht ausreicht, um sich als dauerhafte politische Kraft zu stabilisieren. Zudem zeigen die jüngsten Wahlen eindrucksvoll, dass populistisch-autoritäre Parteien unter Umständen auch in Gesellschaften Wahlen gewinnen können, deren Bevölkerung in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit Demokratie, Marktwirtschaft und EU-Zugehörigkeit befürworten. Die wachsende Dominanz der politischen Rechten mit ihren Medien und Diskursen korreliert mit dem Verschleiß anderer politischer Richtungen und Parteien. Entsprechend zeigt die Geschichte der politischen Parteien seit 1989 auch, dass populistisch-autoritäre Parteien erst dann Wahlen gewinnen können, wenn den sozialdemokratischen, liberalen oder moderatkonservativen Parteien kein Problembewusstsein oder keine Handlungskompetenz mehr zugetraut wird.

# 11 Quellen

## 11.1 Literatur

- Adorno, Theodor W. et al (2007 – dt. Erstausgabe 1973): *Studien zum autoritären Charakter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 6. Aufl.
- Anderson, Benedict (1996 – dt. Erstausgabe 1988): *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*. Frankfurt am Main: Campus, 2., erw. Aufl.
- Białecki, Maciej; Adam Grzegorzczyk; Monika Kostaszuk-Romanowska; Adam Kościańczuk; Krzysztof Kubiak; Tomasz Olczyk und Jan Osiecki (2011): *Platforma Obywatelska: Diagnoza* [Bürgerplattform: Eine Diagnose]. Warszawa: Wyższa Szkoła Promocji.
- Bingen, Dieter (2008): Polen: Wie ein labiles Parteiensystem zu einer Stabilisierung der Demokratie beiträgt. In: Bos, Ellen und Dieter Segert (Hrsg.), *Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts*, Opladen / Farmington Hills: Barbara Budrich, S. 77–90.
- Borejza, Tomasz (2009): *POPiS. Pozorna opozycja* [POPiS. Eine Scheinopposition]. Warszawa: Książka i Prasa.
- Borodziej, Włodzimierz (2010): *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert*, München: C.H. Beck.
- Bos, Ellen und Dieter Segert (2008): Osteuropa als Trendsetter? Parteiensysteme in repräsentativen Demokratien unter mehrfachem Druck. In: Dies. (Hrsg.): *Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts*. Opladen: Budrich, S. 323–336.
- Bös, Mathias (1993): Ethnisierung des Rechts? Staatsbürgerschaft in Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und den USA. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 1993 (45), Nr. 4: 619–643.
- Calhoun, Craig J. (2007): *Nations Matter. Culture, History and the Cosmopolitan Dream*. London: Routledge.
- Cralnoun, Craig J. (2004): *Nationalism. Concepts in Social Thought*. Minneapolis: University of Minnesota Press, 3. Aufl.
- Claussen, Detlev (2000): Das Ende des Sozialismus. Die ethnonationalistische Auflösung des Sowjetsystems. In: Ders.; Oskar Negt und Michael Werz (Hrsg.): *Kritik des Ethnonationalismus*. Hannoversche Schriften 2, Frankfurt am Main: Verlag Neue Kritik, S.16–41.
- Decker, Frank (2004): *Der neue Rechtspopulismus*. Opladen: Leske und Budrich.



- Deppe, Rainer, und Melanie Tatur (2002): *Rekonstitution und Marginalisierung: Transformationsprozesse und Gewerkschaften in Polen und Ungarn*. Frankfurt / New York: Campus.
- De Waele, Jean-Michel (2010): *Czy Europę Środkową czeka fala populizmu? [Erwartet Zentraleuropa eine Welle des Populismus?]* In: Ders, Anna Paczeński (Hrsg.): *Populizm w Europie. Defekt i przejaw demokracji? [Populismus in Europa. Defekt und Ausdruck von Demokratie?]* Warszawa: Oficyna Naukowa, S. 89-103.
- Domański, Henryk (2005): *Jedna struktura społeczna [Eine soziale Struktur]*, in: Ders; Andrzej Rychard und Paweł Spiewak (Hrsg.): *Polska jedna czy wiele? [Ein Polen oder mehrere?]* Warszawa: TRIO, S.11-107.
- Fröhlich-Steffen, Susanne und Lars Rensmann (2005): *Populisten an der Macht: Politische Regierungsparteien in West- und Osteuropa*. Wien: new academic press.
- Grabowska, Mirosława und Tadeusz Szawiel (2001): *Budowanie demokracji. Podziały społeczne, partie polityczne i społeczeństwo obywatelskie w postkomunistycznej Polsce [Das Schaffen der Demokratie. Gesellschaftliche Gegensätze, politische Parteien und zivile Gesellschaft im postkommunistischen Polen]*. Warszawa: PWN.
- Głuchowski, Piotr, und Jacek Hołub (2013): *Ojciec Tadeusz Rydzyk. Imperator*. [Vater Tadeusz Rydzyk. Imperator], Warszawa: AGORA SA.
- Hierlemann, Dominik (2005): *Lobbying der katholischen Kirche. Das Einflussnetz des Klerus in Polen*. Wiesbaden: VS.
- Hobsbawm, Eric (1992): *Nationalismus und Ethnizität*. In: Die Neue Gesellschaft: Frankfurter Hefte 1992 (7): S. 612-619.
- Hroch, Miroslav (2005): *Das Europa Der Nationen. Die Moderne Nationsbildung im Europäischen Vergleich*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Jasiewicz, Krzysztof (2009): *„The Past Is Never Dead’: Identity, Class, and Voting Behavior in Contemporary Poland*. In: East European Politics & Societies 23 (4) S. 489-508.
- Kohn, Hans (1962 – dt. Erstauflage 1950): *Die Idee des Nationalismus. Ursprung und Geschichte bis zur Französischen Revolution*. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Kołakowski, Leszek (1973): *Sprawa Polska [Die polnische Sache]*. In: Kultura vom April 1973: S. 3-13.
- Krasowski, Robert (2012): *Po południu. Upadek elit solidarnościowych po zdobyciu władzy [Nach Mittag. Der Fall der Solidarnosc-Eliten nach dem Erreichen der Macht]*. Warszawa: Czerwone i Czarne.

- Krzemiński, Ireneusz (Hrsg., 2009): *Czego nas uczy Radio Maryja? Socjologia treści i recepcji rozgłośni* [Was lehrt und Radio Maria? Soziologie der Inhalte und der Rezeption des Senders], Warszawa: Wydawnictwa Akademickie i Profesjonalne.
- Kubik, Jan (1994): *The Power of Symbols against the Symbols of Power. The Rise of Solidarity and the Fall of State Socialism in Poland*. University Park: Pennsylvania State University Press.
- Kuroń, Jacek (1991): *Glaube und Schuld. Einmal Kommunismus und zurück*. Berlin: Aufbau-Verlag.
- Kuroń, Jacek (1977): *Reflections on a Program of Action*. In: *The Polish review* 1977 (22), Nr.3, S. 51–69.
- Łepkowski, Tadeusz (2003): *Polska - narodziny nowoczesnego narodu 1764-1870* [Polen – der Beginn der modernen Nation 1764-1870]. Poznań: PWN.
- Luks, Leonid (1993): *Katholizismus und politische Macht in Polen 1945-1989: Anatomie einer Befreiung*, Köln u.a.: Böhlau.
- Mazzoleni, Gianpetro (2008): *Populism against Democracy: Party withdrawal and Populist Breakthrough*. In: Daniele Albertazzi und Duncan McDonnell (Hrsg.): *Twenty-first Century Populism. The Spectre of Western European Democracy*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 30–48.
- Meller, Marcin (2000): *Rola myślenie o historii w ruchu Solidarność w latach 1980-1981* [Die Rolle des historischen Denkens in der Solidarność-Bewegung in den Jahren 1980-1981]. In: Marcin Kula (Hrsg.): *Solidarność w ruchu 1980-1981* [Solidarność in Bewegung 1980-1981], Warszawa. NOWA, S. 219-266.
- Michlic, Joanna B. (2006): *Poland's Threatening Other: The Image of the Jew from 1880 to the Present*. Lincoln: University of Nebraska Press.
- Michnik, Adam (1980 – pln. Erstausgabe 1976): *Die Kirche und die polnische Linke. Von der Konfrontation zum Dialog*, München: Chr. Kaiser.
- Modzelewski, Karol (2013): *Zajeźdźmy kobyłę historii. Wyznania poobijanego jeźdźca* [Wir richten die Geschichte zugrunde. Bekenntnisse eines beschädigten Reiters]. Warszawa: Iskry.
- Orenstein, Mitchell A. (2009): *What Happened in East European (Political) Economies? A Balance Sheet for Neoliberal Reform*. In: *East European Politics & Societies* 2009 (23) Nr. 4: 479-490.

- Ost, David (2005): *The Defeat of Solidarity. Anger and Politics in Postcommunist Europe*. Ithaca / London: Cornell University Press.
- Özkırımlı, Umut (2010): *Theories of Nationalism. A Critical Introduction*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2. Aufl.
- Pankowski, Rafal (2010): *The Populist Radical Right in Poland: The Patriots*. London / New York: Routledge.
- Pomian, Krzysztof (1985): *Wymiary polskiego konfliktu 1956 - 1981* [Dimensionen des polnischen Konflikts 1956 - 1981]. London: Aneks.
- Porter-Szücs, Brian 2011: *Faith and Fatherland. Catholicism, Modernity, and Poland*. New York: Oxford University Press.
- Priester, Karin (2012): *Rechter und linker Populismus: Annäherung an ein Chamäleon*. Frankfurt am Main / New York: Campus.
- Przyłęcki, Paweł (1996): *Populizm w polskiej polityce: Analiza dyskursu polityki*. [Populismus in der polnischen Politik: Eine Analyse des politischen Diskurses], Warszawa: Wydawnictwo sejmowe.
- Richter, Dirk (1996): *Nation Als Form*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Rippl, Susanne (2003): Kompensation oder Konflikt? In: *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 2003 (55) Nr. 2: 231–52.
- Rychard, Andrzej (2005): Rozproszona Polska: Wstępna próba bilansu socjologicznego [Unverbundenes Polen: Einleitender Versuch einer soziologischen Bilanz]. In: Henryk Domański; Andrzej Rychard und Paweł Spiewak: *Polska jedna czy wiele?* [Ein Polen oder mehrere?]. Warszawa: TRIO, S. 109–140.
- Sassen, Saskia (2008): *Das Paradox des Nationalen: Territorium, Autorität und Rechte im Globalen Zeitalter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Segert, Dieter (2008): Parteien und Transformation in Osteuropa nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts. In: Ders. und Ellen Bos (Hrsg.): *Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts*. Opladen / Farmington Hills: Barbara Budrich, S. 11–32.
- Segert, Dieter (2007): Postsozialismus–Spätsozialismus–Staatssozialismus: Grundlinien und Grundbegriffe einer politikwissenschaftlichen Postsozialismusforschung. In: Ders (Hrsg.): *Postsozialismus: Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa*. Wien: Braumüller, S. 1–23.

- Spier, Tim (2010): *Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft Rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa*. Wiesbaden: VS.
- Sutherland, Claire (2012): *Nationalism in the Twenty-First Century. Challenges and Responses*. Hampshire / New York: Palgrave Macmillan.
- Szacki, Jerzy (2003): *Der Liberalismus nach dem Ende des Kommunismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Tatur, Melanie (1990): *Die Solidarność als Modernisierungsbewegung: Sozialstruktur und Konflikt in Polen*. Frankfurt am Main / New York: Campus.
- Walicki, Andrzej (2010): Intellectual Elites and the Vicissitudes of < Imagined Nation > in Poland. In: *East European politics and societies : EEPS 2010* (11) Nr. 2: 227–53.
- Walicki, Andrzej (1988): *The Three Traditions in Polish Patriotism and Their Contemporary Relevance*. Bloomington: Polish Studies Center.
- Wesołowski, Włodzimierz (2000): *Partie: Nieustanne Kłopoty*. Warszawa: IFIS PAN.
- Zubrzycki, Geneviève (2006): *The Crosses of Auschwitz. Nationalism and Religion in Post-Communist Poland*. Chicago / London: University of Chicago Press.
- Żuk, Piotr (2010): Czy każda krytyka neoliberalizmu jest populizmem: O pułapkach demokracji w Polsce [Ob jede Kritik des Neoliberalismus Populismus ist: Über die Fallstricke der Demokratie in Polen. In: De Waele, Jean-Michel, Anna Paczeńskiak (Hrsg.): *Populizm w Europie: Defekt i przejaw demokracji?* [Populismus in Europa. Defekt und Ausdruck von Demokratie?]. Warszawa: Oficyna Naukowa, S. 123–132.

## 11.2 Statistische Quellen

- CBOS (2011): Oczekiwania i motywacje wyborcze Polaków: Komunikat z badań lipiec 2011 [Erwartungen und Motivationen der polnischen Wähler: Forschungskommuniké Juni 2011]. URL: [http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2011/K\\_087\\_11.PDF](http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2011/K_087_11.PDF) (letzter Zugriff 04.05.2016).
- CBOS (2015): Motywy głosowania na poszczególne partie i komitety wyborcze. Komunikat z badań grudzień 2015 [Motive für die Wahl der einzelnen Parteien und Wahlkomitees. Forschungskommuniké Dezember 2015]. URL: [http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2015/K\\_179\\_15.PDF](http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2015/K_179_15.PDF) (letzter Zugriff 04.05.2016).

Eurostat (2012): Europe in Figures. Eurostat Yearbook 2012. URL: [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_OFFPUB/KS-CD-12-001/EN/KS-CD-12-001-EN.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-CD-12-001/EN/KS-CD-12-001-EN.PDF) (letzter Zugriff: 24. 06.2014).

Eurobarometer (2013): Public Opinion in the European Union. Bericht der Europäischen Kommission: Standard Eurobarometer 80. URL: [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb80/eb80\\_publ\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb80/eb80_publ_en.pdf) (letzter Zugriff 24.06.2014).

GUS-NSP (2011): Migracje zagraniczne ludności [Einwohnermigration ins Ausland]. Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]. URL: <http://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/ludnosc/narodowy-spis-powszechny-ludnosci-i-mieszkan-2011/migracje-zagraniczne-ludnosci-nsp-2011,1,1.html> (letzter Zugriff 24. 06.2014).

### 11.3 Zeitungsartikel und Zeitungsinterviews

Krasowski, Robert (2011): Wirtuoz cudzych emocji [Ein Virtuose fremder Emotionen]. In: Polityka vom 31.08.2011. URL: <http://archiwum.polityka.pl/art/wirtuoz-cudzych-emocji,432494.html> (letzter Zugriff 27.06.2015).

Leder, Andrzej (2015): Folwark polski [Gutshof Polen]. Interview von Grzegorz Sroczyński. In: Gazeta Wyborcza vom 11.04.2014. URL: [http://wyborcza.pl/magazyn/1,137770,15785648,Folwark\\_polski.html](http://wyborcza.pl/magazyn/1,137770,15785648,Folwark_polski.html) (letzter Zugriff 26.06. 2015).

Środa, Krzysztof (2014): O plemionach smoleńskich: Nie mamy szans na porozumienie [Krzysztof Środa über die Smolensk-Stämme: Wir haben keine Chance, uns zu verständigen]. Interview von Agnieszka Kublik. In: Gazeta Wyborcza vom 14.04. 2014. URL: <http://wyborcza.pl/1,75478,15794905.html>. (letzter Zugriff 20.06.2014).

Żakowski, Jacek (2014): „Coś znów pękło, coś się zaczyna" [Erneut ist etwas zerbrochen und etwas beginnt]. In: Gazeta Wyborcza vom 7.05.2014. URL: <http://wyborcza.pl/1,138142,15915435.html>. (letzter Zugriff 26.06. 2015).